



IBB
Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

Winter 2009

Belarus- Perspektiven

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in dieser Ausgabe der Belarus-Perspektiven begeben wir uns gemeinsam mit Ihnen auf Reisen - mit Außenminister Martynow nach Brüssel, mit Wladimir Makej zum Minsk Forum, mit „Tschernobyl-Kindern“ auf Erholungsfahrt nach Deutschland.

Etwa vierhundert Teilnehmer kamen beim diesjährigen Minsk Forum zusammen. Mit dabei war diesmal auch der Leiter der belarussischen Präsidentschaftsadministration, Wladimir Makej. Ob er eine frohe Botschaft für die Teilnehmer hatte, lesen Sie auf Seite 2. Um Dialog ging es auch der Europäischen Delegation, die im November nach Minsk gereist war, um sich mit Staats- und Oppositionsvertretern zu treffen (Seite 4). Zuvor, am 13. Oktober, hatte die Europäische Union das Einreiseverbot für Präsident Lukaschenko und 36 weitere hochrangige Staatsbeamte zumindest bis April aufgehoben (Seite 5). Ein erster Schritt zu einem diplomatischen Durchbruch?

Viele Experten fragen sich heute, was eigentlich aus der belarussischen Opposition werden soll, wenn sich der Westen nun direkt mit der belarussischen Regierung unterhält. Quo vadis, belarussische Opposition fragt auch Walerij Dorochin auf Seite 7. Die einen dürfen also wieder reisen, die an-

deren müssen dieses Jahr vielleicht ganz zu Hause bleiben. Über den Erlass 555 und die Folgen für die Erholungsreisen der sogenannten „Tschernobyl-Kinder“ berichtet Marina Rachlej auf Seite 6.

Auch der lybische Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi ist gerne unterwegs und machte im November einen Abstecher nach Minsk. Allerdings scheint Gaddafi eher Individualreisen im traditionellen Beduinenzelt zu bevorzugen (Seite 6). Aber nicht nur Beduinen reisen durch Europa. Auch engagierte junge Belarussen machten sich auf zum Praktikum ins Europäische Ausland. Ihre Mikro-Projekte, die vom Förderprogramm BelaPlus gefördert wurden, verwirklichten sie dann allerdings zu Hause (Seite 26).

Allen, die unterwegs sind, sei nicht nur eine schöne Reise, sondern auch ein glückliches Eintreffen am Bestimmungsort gewünscht. Ob die EU und der belarussische Staat im Frühjahr wirklich beim Dialog ankommen und ob die Sanktionen gegen Präsident Lukaschenko und weitere Vertreter des belarussischen Staates aufgehoben werden, erfahren Sie dann in unserer nächsten Ausgabe.

Ihre Redaktion

In dieser Ausgabe *Seite*

Außenpolitik

„Wandel scheint möglich“	2
Hausaufgaben gemacht?	4
Geopolitische Spielwiese	4
Lukaschenko nach Europa	5
Kinderreisen ade?	6
Revolution in Minsk?	6

Innenpolitik

Und die Opposition?	7
Staatliche Zivilgesellschaft	9
Die Korruption frisst ihre Kinder	10
Pressefreiheit privjet?	11

Wirtschaft

Ziel: Investitionsparadies	12
IWF stellt Bedingungen	13
Saure Milchkominate	14
Selbständige bald flüssig	14
Große Steuerreform	15
Blumenbusiness trocknet aus	15

NGOs & Gesellschaft

Neues Holocaustgedenken	18
„Wendepunkt in staatlicher Sicht“	19
Nachruf Dr. Eberhard Heyken	20
Nachruf Dr. Heinz Timmermann	21
„Keine Alternative zum Dialog“	22
Networking online	22
Nachruf Wassilij Nesterenko	23
Belarussische Journalisten on tour	23
„Keine einfachen Lösungen“	24
Partnerschaftskonferenz	25
Kreative BelaPlusen	26
Pause von Radioaktivität	27
„Tschernobylkinder“	28

Publikationen

Krieg ohne Zensur	28
Datschen: Wirtschaft oder Kultur?29	
Zwischen Planung und Anarchie	29

Kultur & Wissenschaft

Eine Woche Deutschland	30
Marilyn Monroe in Minsk	31

Chronologie	16
Impressum	12

Belarus-Perspektiven Nr. 43

„Wandel scheint möglich“

(Dorothea Wolf, Minsk) Vom 13. bis 15. November fand das Minsk Forum XI statt, veranstaltet von der Stiftung Wissenschaft und Politik sowie der Deutsch-Belarussischen Gesellschaft. Dieses Jahr war das Forum nicht nur wesentlich internationaler, sondern konnte auch hochrangige Staatsvertreter wie Wladimir Makej begrüßen, den Leiter der belarussischen Präsidentialadministration. Wie stehen die Chancen für den Dialog?

Gut 400 Teilnehmer fanden sich in der IBB Minsk und der belarussischen staatlichen Wirtschaftsuniversität ein, lauschten den Panels und beteiligten sich an Arbeitsgruppen zu Außenpolitik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das übergreifende Thema der Konferenz lautete „Nachbarschaft und Sicherheit: Perspektiven für Belarus in Europa“. Der Vorsitzende des Minsk Forums Rainer Lindner unterstrich in seinem Grußwort, dass das elfte Forum zeitgleich zu zwei großen Krisen stattfindet: einerseits „unter dem Eindruck des Fünftagekriegs in Georgien, der die sicherheitspolitische Instabilität im Nachbarschaftsraum zwischen der EU und Russland verdeutlicht hat“, zum anderen während der aktuellen Finanzkrise, „die sich zu einer Wirtschaftskrise ausgewachsen hat und bei der kein Ende abzusehen ist“.

Auch wenn die Beziehungen zwischen Deutschland und Belarus sowie Belarus und der EU noch weit von einer Normalisierung entfernt seien, so fand Lindner doch: „Wandel scheint möglich“. Das fand auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der in seinem verlesenen Grußwort die Bedeutung des Dialogs für Wandel in Europa unterstrich. Die EU, so Steinmeier, werde nach der Freilassung der letzten international anerkannten politischen Gefangenen auch auf politischer Ebene diesen Dialog fortsetzen. Viel stehe noch bevor: „Die Parlamentswahlen vergangenen September haben die von der EU und der OSZE in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt“, schrieb Steinmeier den Staatsvertretern ins Buch. Es gebe aber durchaus Signale aus der belarussischen Führung, das Wahlrecht zu reformieren. Auch in

der Pressefreiheit „sind konkrete Fortschritte nötig und auch möglich“. Wladimir Makej, Leiter der Präsidentialadministration der Republik Belarus, drängte in seinem Vortrag beim Eröffnungspodium darauf, effektive Instrumente der Zusammenarbeit zu entwickeln. So nannte der Leiter der belarussischen Präsidentialadministration es ökonomisch zweckmäßig für Belarus, sowohl mit seinen Nachbarn im Westen wie auch mit der Russischen Föderation Handel zu treiben. Im politischen Bereich sprach Makej offen Probleme in den Beziehungen zur EU an: Die Union habe vor einigen Jahren einen entscheidenden Fehler gemacht, als sie „das europäische Haus verschlossen“ habe. Den belarussischen Bürgern den Markt der EU vorzuenthalten, nannte er einen „gewissen Egoismus der EU“. Denn das Wichtigste, so Makej, sei der einfache Mensch.

Trotz aller Skepsis gegenüber der Annäherung zwischen EU und Belarus in offiziellen Panel-Diskussionen zeigte sich doch in Kaffeepausen oder bei den abendlichen Empfängen, dass die Zeichen auf Dialog stehen. „Die Stimmung beim Forum ist sehr gut. Die Möglichkeit für Veränderungen liegt wie Tauwetter in der Luft“, so Galina Weremejtschik, Expertin im Koordinationsbüro des Förderprogramms Belarus. Zu dieser guten Stimmung trugen sicherlich auch die politischen Rahmenbedingungen bei, unter denen das Forum in diesem Jahr stattfand. Als Reaktion auf die Freilassung von international anerkannten politischen Gefangenen in Belarus hatte die EU ihr Einreiseverbot gegen 37 hochge-

stellte belarussische Beamte für sechs Monate ausgesetzt. Jean-Eric Holzapfel, Chargé d'affaires der Repräsentanz der EU-Kommission in Belarus, nannte dies ein „Fenster der Möglichkeiten“, das genutzt werden müsse. Holzapfel verwies aber auch auf die konkreten Forderungen der EU, angefangen bei der Medienfreiheit, über die Erleichterung der Bedingungen der NGO-Arbeit bis hin zur Versammlungsfreiheit. „Auch wenn es keine politischen Gefangenen gibt, wissen wir doch von den Problemen“, betonte Holzapfel.

Um die Bedingungen der journalistischen Arbeit und die Freiheit der Medien drehte sich auch vieles in der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe „Gesellschaft“ zum Thema „Informationsräume in Belarus“. Elfie Siegel, freiberufliche Journalistin und frühere Moskau-Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, betonte zwar, dass man die Situation der Medien in Belarus nicht so losgelöst von der im Westen sehen sollte, wo es auch zunehmend Probleme mit der Pressefreiheit gebe. Allerdings verwies sie auf den Index von „Reporter ohne Grenzen“, der die Ukraine von 2005 auf 2008 um zwei dutzend Plätze besser bewertete, gleichzeitig aber Belarus und Russland um ein paar Plätze nach unten versetzte. Konkret rutschte Belarus im Index von Platz 152 auf Platz 154 ab – in die unmittelbare Gesellschaft von Somalia, Jemen und Syrien. Dieses düstere Bild bestätigte Schanna Litwina vom Belarussischen Journalistenverband. Akkreditierungs- oder Quellenprobleme erschwerten es belarussischen Journalisten, nach internationalen Normen und Standards zu arbeiten. Außerdem würde tagtäglich Druck auf Redaktionen ausgeübt, so Litwina, die dem Publikum zum Beweis einige Dokumente vorlas. Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet auch das im Februar 2009 in Kraft



Unzufrieden mit der Pressefreiheit: Andrej Dynko, stellvertretender Chefredakteur von „Nascha Niwa“, und die Vorsitzende des Journalistenverbands Schanna Litwina.
Foto: Minsk Forum

treten neue Mediengesetz der Republik Belarus. Andrej Dynko, stellvertretender Chefredakteur der unabhängigen Zeitung „Nascha Niwa“ und Moderator der Diskussionsrunde, bedauerte, dass man im Bereich Journalismus zwar über, aber nicht miteinander rede: „Bei der Arbeitsgruppe Wirtschaft sind staatliche Vertreter dabei, hier in der Arbeitsgruppe Gesellschaft nicht“. Dennoch zogen auch in dieser Gruppe die Teilnehmer der Podiumsdiskussion verhalten optimistische Schlüsse. Durch Kooperationen mit dem Westen, wie bei der Ausbildung junger Journalisten und mit der „Politik der kleinen Schritte“ könnten auch hier nach und nach Veränderungen erreicht werden, meinten die Experten.

Der Wille zu Veränderungen war auch in den anderen Arbeitsgruppen spürbar. Hans-Dieter Lucas, Beauftragter für Osteuropa, Zentralasien und Kaukasus des Auswärtigen Amtes, stimmte vielen Kollegen bei, dass die „Zeichen wirklich auf Wandel stehen“ und man sich auf eine Normalisierung mit Belarus einlassen solle: „Die strategische Zielsetzung muss

sein, dass Belarus voll in die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Östliche Partnerschaft eingebunden wird“. Denis Sidorenko, Leiter der Abteilung für die OSZE und den Europarat beim belarussischen Außenministerium, plädierte gar für eine juristische Erneuerung der Beziehungen zur EU.

Auch der Vorsitzende des Minsk Forum, Rainer Lindner, zog eine positive Bilanz: „Wir begegnen uns heute auf einer anderen Ebene. Die Gespräche der letzten zwei Tage haben dies gezeigt. Die nächsten fünf bis sechs Monate müssen von beiden Seiten, auch der EU, genutzt werden für konkrete Schritte“. Ziel müsse dabei eine Normalisierung der Beziehungen sein. Lindner zählte hierzu auch die im Verlaufe des Forums oft genannten „Schritte oder Möglichkeiten für Belarus“ auf, unter anderem die Verbesserung der Medienfreiheit, der Versammlungsfreiheit sowie des Wahlrechts. Es bleibt abzuwarten, ob wirklich, wie sich Wladimir Makej gewünscht hatte „nicht nur Licht, sondern auch ein Ende des Tunnels“ abzusehen sein wird.



Man spricht miteinander: Der Leiter der Präsidentialadministration Wladimir Makej (links) im Gespräch mit Rainer Lindner und dem Deutschen Botschafter Gebhardt Weiss.
Foto: Minsk Forum

Hausaufgaben gemacht?

(Pauljuk Bykowskij, Minsk) Anfang November besuchte eine Delegation der Europäischen Kommission (EK) Minsk. Unter Leitung von Hugues Mingarelli, dem stellvertretenden Generaldirektor für Außenbeziehungen, traf sie sich sowohl mit hochgestellten Staats- als auch mit Oppositionsvertretern.

Auf offizieller Seite wurden die europäischen Beamten hochrangig empfangen: Zunächst in der Präsidentialadministration, dann im Ministerrat und schließlich im Außenministerium. Altbekannt war die Einigkeit über eine Zusammenarbeit in den Bereichen Energiesicherheit, Transit und Zollfragen. Neu war zumindest die Idee, Belarus in die „Technical Assistance Information Exchange Unit“ aufzunehmen, ein EU-Instrument, das Hilfe dabei gewährt, Gesetze an EU-Recht anzugleichen. Ob Belarus dies wirklich will, blieb offen. Klar war jedoch, dass beide Seiten eine Vertiefung des Dialogs anstreben.

Auf Oppositionsseite hieß die Koalition „Vereinte Demokratische Kräfte“ (VDK) die hohen Gäste willkommen. Ausgerechnet bei diesem Treffen betonte Delegationschef Mingarelli, dass die EU sich in den Beziehungen mit Belarus einen „totalen Neuanfang“ wünsche. Dem hätten Außenminister Martynow und

die stellvertretende Chefin der Präsidentialadministration, Natallja Petkewitsch, zugestimmt, so Mingarelli. So viel traute Einigkeit dürfte den Oppositionellen kaum geschmeckt haben – dennoch ließ sich der VDK-Vorsitzende Anatolij Lebedko nichts davon anmerken und erklärte, er habe bekommen, was er wollte: „Die Kommission hat alle unsere Forderungen positiv aufgenommen“, so Lebedko, „außerdem wird sie Alexander Lukaschenko auf unseren Vorschlag hin anbieten, ein Moratorium auf politische Repressionen zu verhängen.“

Nach wie vor stellt die EU Forderungen für einen Dialog. Fünf Kriterien hat sie Belarus aufgegeben. Der EK-Vertreter in Minsk, Jean-Eric Holzapfel, brachte diese beim Minsk Forum auf den Punkt: 1) keine politischen Gefangenen, 2) Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit, 3) Fortsetzung des Dialogs mit der OSZE über eine Reform der belarussischen Wahlgesetzgebung, 4) keine Ver-

schlechterung des rechtlichen Status‘ von NGOs, 5) Garantie der Versammlungsfreiheit. Nach Worten von Holzapfel ersetzen diese fünf Punkte nicht das vor zwei Jahren aufgestellte 12-Punkte-Programm mit Forderungen der EU an Belarus. Es handele sich lediglich um eine Prioritätenliste, deren Erfüllung notwendig sei, um das Dialogfenster weiter offen zu halten.

Auf die Perspektiven der Annäherung angesprochen, äußerte sich Hugues Mingarelli vorsichtig: „In den kommenden sechs Monaten wollen wir ständig den Dialog mit der belarussischen Staatsführung suchen, um Fragen der Entwicklung des NGO-Sektors, der Wahl- und der Arbeitsschutzgesetzgebung zu besprechen“, so der Chef der EK-Delegation. Indes sagte Vizepremier Andrej Kobjakow, Belarus erkenne zwar die Notwendigkeit, an den „Hausaufgaben“ der EU zu arbeiten, „erwartet jedoch auch adäquate Schritte von Seiten der EU“.

Geopolitische Spielwiese

(Alexander Sawitzkij, Kiew/MS) Mitte November trafen sich in Kiew die belarussischen Big Brains der politischen Analyse und zerbrachen sich den Kopf darüber, wie Europa mit Belarus umgehen sollte.

Das Belarussische Institut für Strategische Forschung (BISI) hatte sich mit seiner Tagung „Belarus: Raum für Veränderung schaffen“ eine anspruchsvolle Aufgabe gestellt. Tatsächlich kamen die Diskussionen zu dem Ergebnis, dass sich seit dem georgisch-russischen Krieg die Konstellation völlig verändert habe. Während vor dem Krieg vor allem die Auseinandersetzung zwischen Präsident und Opposition im Vordergrund gestanden habe, stehe Belarus nun

vor einer komplizierten geopolitischen Situation, in der sowohl West als auch Ost das Land auf ihre Seite ziehen wollten. Dabei habe das Lukaschenko-Regime die „Fähigkeit zu begrenzten Kompromissen“ bewiesen, stellte Witalij Silitzkij fest, der Direktor des BISI. Schließlich beginne das Regime nicht nur mit der Privatisierung von Staatseigentum, sondern schwäche teilweise auch seine Kontrolle über die Zivilgesellschaft ab. Allerdings hat das

Problem des Machterhalts für Lukaschenko nun an Komplexität gewonnen, fand der Analyst Leonid Maltzew: „Es gibt noch keinen vollwertigen Dialog mit dem Westen und noch keinen vollwertigen Bruch mit Russland. Die Schwierigkeit der Situation besteht darin, den Dialog auf den Weg zu bringen und gleichzeitig einigermaßen normale Beziehungen zu Russland zu bewahren.“

Dieser Beitrag wurde von der Deutschen Welle am 12.11.2008 gesendet.

Lukaschenko nach Europa

(Pauljuk Bykowskij, Minsk) Am 13. Oktober entschlossen sich die EU-Außenminister in Luxemburg, die Einreiseverbote für Präsident Lukaschenko und 36 weitere hochgestellte belarussische Beamte für eine Probezeit von einem halben Jahr aufzuheben. Stehen Minsk und Brüssel vor einem Durchbruch in ihren Beziehungen?

Jahrelang war Alexander Lukaschenko Persona non grata in Europa – nun könnte der belarussische Präsident bald wieder in Skiurlaub nach Österreich fahren. Zumindest die laufende Skisaison kann Lukaschenko noch mitnehmen, denn bis April kann er definitiv in die EU einreisen. Auch auf Ministerialebene scheint die Eiszeit mit der EU vorbei: Erstmals seit drei Jahren traf sich die außenpolitische Trojka der EU – Bernard Kouchner als Außenminister des Ratsvorsitzenden Frankreich, die Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik Benita Ferrero-Waldner sowie der Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana – mit dem belarussischen Außenminister Sergej Martynow. Offenbar wurde man sich bei dem Gespräch einig, denn danach verkündete der Rat seine Entscheidung über die vorübergehende Aufhebung der Sanktionen.

Lediglich fünf Beamte dürfen nach wie vor nicht auf EU-Territorium einreisen: vier, die in das Verschwinden von Regimegegnern zwischen 1999 und 2000 verwickelt sein sollen, sowie die Leiterin der Zentralen Wahlkommission Lidija Jermoschina, die für die letzten, von der OSZE nicht anerkannten Parlamentswahlen verantwortlich zeichnete. Außerdem hält es Brüssel nach wie vor für sinnvoll, mit der Einfrierung der Konten der 41 Staatsbediensteten zu drohen – falls diese Konten auf EU-Boden gefunden werden sollten. Werden sie aber nicht, meinen die Beamten und ihr oberster Vertreter, Staatschef Lukaschenko. Lukaschenko

hatte bereits vor Jahren ironisch verkündet, er werde all sein Geld, das in der EU auftauche, dem Finde schenken.

Derweil hatte das aktuelle süße EU-Geschenk durchaus einen bitteren Nachgeschmack. Denn wenn die Staatselite auch in der kommenden Urlaubssaison 2009 nach Paris und London fliegen will, müssen im April alle EU-Außenminister geschlossen für eine Aufhebung der Sanktionen stimmen. Benita Ferrero-Waldner unterstrich, die EU behalte sich „eine uneingeschränkte Wiederaufnahme der Sanktionen vor“, falls Belarus die Menschenrechte nicht achte. Das belarussische Volk, so Ferrero-Waldner, „steht vor einer historischen Entscheidung: entweder in Richtung Demokratie zu schreiten oder in Richtung der politischen Stagnation“.

Davon wollte Alexander Lukaschenko im Oktober noch nichts wissen. „Alle Hindernisse für den Dialog mit der EU sind aufgehoben“ verkündete der Präsident bei der Kranzniederlegung am Mahnmahl für die Opfer des Minsker Ghettos am 20. Oktober (siehe Seite 18). Zufrieden lobte Lukaschenko seine Brüsseler Kollegen: „Dieser Schritt ist ihnen sicher nicht leicht gefallen, schließlich handelt es sich um 27 Staaten. Ich denke, unsere Beziehungen zur EU haben sehr gute Perspektiven“, betonte der Staatschef. Offenbar liegt Lukaschenko richtig, denn inzwischen hat sich die EU auch dazu durchgerungen, über wirtschaftlich vorteilhafte Angebote für Belarus nachzudenken. Zum Beispiel schlug das Europäische

Parlament dem EU-Ministerrat vor, Belarus unter Umständen in das Programm Östliche Partnerschaft mit aufzunehmen, was für belarussische Firmen einen erleichterten Zugang zum attraktiven EU-Markt bedeuten könnte.

Die USA indes halten sich im Vergleich zu ihren europäischen Partnern bisher zurück. Man plane keine vergleichbaren Schritte, unterstrich der Deputy Assistant Secretary für Russland, Ukraine und Belarus des US-Außenministers, David Merkel, am 21. Oktober in einem Reuters-Interview. Allerdings hatten die USA nach der Freilassung politischer Gefangener Anfang September einen Teil ihrer Wirtschaftssanktionen aufgehoben. Nun können amerikanische Firmen zumindest im nächsten halben Jahr in Belarus Ölprodukte, Farben und Glasfasern kaufen. Gleichzeitig liegen die Aktiva des Ölkonzerns „Belneftechim“ in den USA nach wie vor auf Eis. Washington erwarte, so Merkel, „anderen bedeutsame Schritte im Bereich der Menschenrechte oder der Zivilgesellschaft“, um die Sanktionen aufzuheben. Dass auch die EU mittelfristig auf eine Verbesserung in diesen Bereichen hofft, machten die Vertreter der EU-Kommission bei ihrem Besuch in Minsk klar (Seite 4). In Brüssel und Washington ist man offenbar der Meinung, dass nun Minsk am Zug sei. Sollte die EU mit der belarussischen Staatsführung zufrieden sein, könnte Präsident Lukaschenko sich nicht nur auf eine schöne Skisaison freuen. Er wäre eventuell auch beim nächsten EU-Ratsgipfel in Prag mit dabei.

Kinderreisen ade?

(Marina Rachlej, Minsk) Im August beschloss die 16-jährige Belarussin Tatjana Kosyro, bei ihrer Gastfamilie in den USA zu bleiben, zu der sie seit neun Jahren über ein Tschernobyl-Programm reiste. Das war der zweite Skandal dieser Art, nachdem vor zwei Jahren das 10-jährige Waisenkind Viktoria Moroz nicht aus Italien zurück wollte. Ein Skandal zu viel, meinte Präsident Lukaschenko und legte per Erlass alle Kinderreisen auf Eis. Wie geht es weiter?

Um sich vor weiteren bösen Überraschungen zu schützen, hat der belarussische Staat nun eine klare Bedingung an Kindererholungsreisen geknüpft: Zwischen Belarus und dem Zielland muss es ein entsprechendes bilaterales Abkommen geben, das die Sicherheit der Kinder sowie ihre rechtzeitige Rückkehr garantiert und das Reisealter auf 7 bis 14 Jahre beschränkt. Zudem soll es den Kindern nur erlaubt sein, dreimal in das gleiche Land zu fahren.

Ein Schlag für Gastfamilien in aller Welt, die jedes Jahr über 30.000 belarussische Kinder zu Erholungsurlauben bei sich aufnehmen, denn bisher hat nur Italien ein solches Abkommen unterzeichnet, Irland steht kurz davor. Deutsche NGOs laden vor allem „Tschernobyl-Kinder“ ein, NGOs aus den USA oder Italien vor allem belarussische Waisenkinder. Nun liegen auch die Fahrten nach Deutschland vorerst auf Eis, Ausnahme sind Aufenthalte zwischen

dem 20. Dezember und dem 20. Januar. Ein Weihnachtsgeschenk, das die stellvertretende Leiterin der Präsidialadministration, Natallja Petkewitsch, als großzügige Geste an die EU bezeichnete. Nach dem 20. Januar kommt allerdings das böse Erwachen, denn 20 Länder haben bisher noch kein Abkommen unterschrieben. Und selbst bei zügigen Verhandlungen und schneller Unterzeichnung kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Kinderreisen 2009 in vollem Umfang stattfinden können. Minsk besteht jedoch auf den Verträgen, weil man fürchtet, dass sich sonst Fälle wie mit Kosyro oder Moroz wiederholen. Außerdem, so der belarussische Politologe Jurij Tschaurow, sei man in Minsk gewohnt, mit Beamten zu kommunizieren, und nicht mit NGO-Vertretern. Doch die Kindererholung wird in erster Linie von kleinen und mittelgroßen NGOs praktiziert. „Es werden sich wohl kaum alle europäischen Regierungen dazu bereit erklären,

die Verantwortung für diese Kinderreisen zu übernehmen“, so der Experte.

Bereits 2004 hatte Präsident Lukaschenko einen Sturm der Entrüstung ausgelöst mit seiner Forderung, die Zahl der Erholungsaufenthalte belarussischer Kinder radikal abzusenken, da sie „vom Kapitalismus verdorben“ würden. Das Ausland sei der Staatsmacht jedoch suspekt, so der belarussische Politologe Walerij Karbalewitsch, denn „die Kinder erzählen natürlich, wie die Leute da im Westen leben. Und dass Belarus nicht ganz so wundervoll ist, wie es uns das Staatsfernsehen glauben macht“. Doch offenbar ist nicht alles Gold, was glänzt: Tatjana Kosyro zumindest, die zwei Wochen lang die belarussische Diplomatie mit ihren Ausreisewünschen in Atem gehalten hatte, überlegte es sich noch einmal und kehrte aus den USA nach Belarus zurück. Sie habe ihre Großmutter vermisst, erklärte die 16-Jährige.

Revolution in Minsk?

(Marina Rachlej, Minsk) Anfang November kam der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi nach Minsk. Sein traditionelles Beduinenzelt schlug der inoffizielle Staatschef neben Lukaschenkos Residenz in Saslawl auf. Konnte Gaddafi den Geist der Revolution nach Belarus tragen?

„Bruder!“, begrüßte Alexander Lukaschenko seinen libyschen Kollegen überschwänglich, „Freund!“, erwiderte ebenso glücklich Gaddafi. „Treffen eines ehemaligen Diktators mit einem ehemaligen Terroristen“, gifteten internationale Medien. Ob Brüder oder Diktatoren, die beiden Staatschefs wollten bei ihrem Treffen unter sich bleiben. Still und leise besprachen sie Dinge, von denen

vermutet wird, es handele sich vor allem um Verteidigungsfragen und Waffengeschäfte. Vor den Fernsehkameras beteuerten Lukaschenko und Gaddafi dann, wie wichtig ihnen eine multipolare Welt sei, und – selbstverständlich – die bilateralen Beziehungen zwischen Belarus und Libyen. Beide zelebrierten vor allem die hohe Kunst der diplomatischen Höflichkeitsfloskeln: „Wir wissen, wie

schwer es ist, völlig unberechtigte internationale Sanktionen zu ertragen“, versicherte Lukaschenko. „Wir schätzen Ihre Prinzipientreue und Standhaftigkeit“, lobte Gaddafi. Offiziell unterzeichneten die Staatschefs einige bilaterale Abkommen, unter anderem zur Zusammenarbeit in Steuerfragen und im Medienbereich. Die Revolution blieb aus.

Und die Opposition?

(Walerij Dorochin, Minsk) Mit der Annäherung zwischen Belarus und der EU stellt sich die Frage, was eigentlich aus der belarussischen Opposition werden soll. Wir baten den Chefredakteur des unabhängigen Internet-Nachrichtenportals telegraph.by, Walerij Dorochin, um eine Analyse.

Eigentlich hat die belarussische Opposition ja ihren festen Platz in Belarus. Wie der aussieht, verrät uns Volkes Sprache. Wagt man es, ältere Menschen darauf hinzuweisen, dass ihre 100-Euro-Rente eigentlich kaum zum Leben reicht, schallt es einem giftig „Oppositioneller!“ entgegen. Wenn Journalisten aus kritischen – also „oppositionellen“ – Medien einen Staatsbeamten um einen Kommentar bitten, wird dieser sicherheitshalber „Nein!“ bellen oder bei mindestens drei höher stehenden Instanzen um Erlaubnis fragen. In der U-Bahn schimpft das Volk regelmäßig über Oppositionelle, die sich dem Westen verkauft hätten und nun „gemütlich auf ihren großen Datschen sitzen und Schaschlik grillen“. Ich fürchte, bald werden sich Belarussen im Streit mit dem vernichtenden Urteil „Selber Oppositioneller!“ niederschreiben.

Das alles mag daran liegen, dass „Oppositioneller“ für die meisten Belarussen ein relativ abstrakter Begriff ist, der inzwischen soviel wie „Saboteur“ oder „Miesmacher“ bedeutet. Und in dieser Rolle ist die Opposition genau so zu einer Konstante des belarussischen Systems geworden wie ihr Widersacher, der ewige Präsident.

Während sich Lukaschenko bereits beachtliche 15 Jahre auf seine Machtvertikale verlassen kann, hat die Opposition ihre eigene Stabilität entwickelt, fern jeder politischen Entscheidungsgewalt. Ihre Führer sind in Initiativlosigkeit erstarrt und haben aufgehört, als politische Subjekte zu existieren. Stattdessen führen sie von Zeit zu Zeit Protestmärsche durch, zu denen immer weniger Menschen kommen, und fahren regelmäßig

nach Europa, um „über die Situation in Belarus zu informieren“.

OPPOSITIONELLE NOMENKLATUR

Offenbar haben die erklärten Feinde des Präsidenten sich ein Beispiel an den Staatsbeamten genommen, die wie durch Zaubermagie in Parlamente im ganzen Land gewählt werden, und halten sich einfach an ihren „Big Spender“. Was dem Apparatschik der Präsident, ist dem Oppositionellen der westliche Sponsor. Also verfassen die großen oppositionellen Denker viele schlaue Konzepte zur Zukunft und Entwicklung des Landes, schicken sie an europäische Institutionen, organisieren seltene und relativ sinnlose Demonstrationen – mit einem Wort, leben ihr relativ friedliches Oppositionsleben vor sich hin und warten auf Finanzierung von außen.

Dabei haben die vorhersehbar erfolglosen Forderungen der Opposition nach Demokratie und Reformen über die Jahre eine geradezu selbstironische Ritualität angenommen. Denn mit jedem neuen Flugblatt, das in Parteizentralen vor sich dahinvegetiert, mit jeder neuen politischen Kampagne und ihren Losungen, die zum Wähler nicht durchdringen, bestätigt das oppositionelle Establishment sein abgrundtief schlechtes Image beim Volk. Ach ja, das Volk. Das bekommt seine oppositionellen Gönner nur kurz vor Wahltagen oder an großen Feiertagen zu Gesicht, weil die Opposition die restlichen 350 Tage im Jahr mit sich selbst beschäftigt ist.

Denn tagein, tagaus, Jahr um Jahr der gleich sinnlose Protest – das

geht selbst alteingesessenen Parteiveteranen auf die Nerven. Also streiten sie sich um ihre realpolitisch fragwürdigen Vollmachten – zum Beispiel darüber, wer zum nächsten EU-Gipfel reisen darf. Nur einige Episoden aus der filmreifen belarussischen Oppositionsgeschichte der letzten zwei Jahre: Alexander Milinkewitsch, bis zu den Präsidentschaftswahlen 2006 von der Opposition als Leitfigur präsentiert, fällt kurz nach den Wahlen in Ungnade. Seine Gegner diskreditieren ihn öffentlich und zerstören erfolgreich zwei Jahre intensiver politischer PR-Arbeit. Alexander Kosulin, der Lukaschenko-Widersacher mit dem eisernen Willen und den finanzstarken Freunden in Russland, wird kurz vor seiner Entlassung aus dem Gefängnis von seinen sozialdemokratischen Parteifeinden seines Postens als Parteivorsitzender enthoben. Aber auch andere Parteien haben hohen Unterhaltungswert. Zum Beispiel die Grande Dame der oppositionellen Parteienlandschaft, die nationalpatriotische Belarussische Volksfront. Vor einem Jahr versuchte die BNF, einen neuen Vorsitzenden zu wählen, und zerbrach beinahe an innerparteilichen Grabenkämpfen. Zum Schluss entließ sie mit Schimpf und Schande ihren stellvertretenden Vorsitzenden und Nachwuchspolitiker Alexej Michalewitsch, weil er es gewagt hatte, die Parteilinie in einer Zeitung zu kritisieren. Und die Kommunisten sind seit Jahren auf Selbstfindungspfaden unterwegs und versuchen verzweifelt, zu Sozialisten zu werden. Solch „oppositionelles Gewurschtel“, um es mit den Worten von Präsident Lukaschenko zu sagen, ist wohl kaum geeignet, die unterirdisch schlechten Umfragewerte



Da war's vorbei mit der Einheit: Ex-Präsidentschaftskandidat Alexander Milinkewitsch (r.) und Anatolij Lebedko von der Vereinten Bürgerpartei geben im Februar 2007 den Zerfall ihres oppositionellen Bündnisses bekannt. Foto: ucpp.org

der Opposition aufzupolieren. Offenbar kümmert das die betroffenen Parteiführer auch herzlich wenig. Am liebsten hätten sie die letzten Parlamentswahlen einfach boykottiert, wenn nicht Europäer und Amerikaner für diesen Fall damit gedroht hätten, ihre Unterstützung einzustellen. Also gingen die oppositionellen Kandidaten aufs staatliche Schaffot. Denn Lukaschenko übte zwar wie versprochen keinen Druck auf sie aus, gönnte ihnen aber auch keinen einzigen Parlamentssitz.

DER OBERSTE OPPOSITIONELLE

Lukaschenko benutzt die Opposition sowieso seit Jahren als Sandsack für seine rhetorischen Faustschläge. Immer wieder tönte der Staatschef auf allen Kanälen, er kenne keine Opposition, nur „Spinner, die sich dem Westen verkauft haben“. Doch seit Europa mit dem Dialog winkt, hat auch Lukaschenko seine Rhetorik dem Tauwetter angepasst. Eigentlich, meinte der Präsident im Oktober, sei er ja der oberste Oppositionelle des Landes. „Vor ihnen steht ein ehemaliger Oppositioneller, ein konstruktiver Oppositioneller,

der nicht von oben zum Präsidenten ernannt wurde“. Deshalb macht sich Lukaschenko offenbar auch väterliche Sorgen um seine politischen Gegner, ist aber guldig: „Es braucht Zeit, bevor in Belarus eine normale Opposition entsteht. Keine amerikanische, deutsche, englische, sondern eine patriotische Opposition, die den Willen des Volkes vertritt“, findet der Präsident. Selbst mit solchen Attributen scheint sich die „unpatriotische“ Opposition abgefunden zu haben und bietet dem Präsidenten inzwischen sogar ihre Dienste an: Am 19. Dezember erklärte Alexander Milinkewitsch, er schließe eine Zusammenarbeit zwischen Opposition und Staatsmacht vor dem Hintergrund der Annäherung an die EU nicht aus.

Milinkewitschs oppositionsinterner Gegenspieler Anatolij Lebedko geht sogar noch weiter und erklärt sich bereit, das Joch der politischen Verantwortung auf sich zu nehmen. „Ich finde, das ist eine ehrliche und verantwortungsvolle Position“, so der 47-Jährige, der bei Lukaschenkos erstem Wahlerfolg 1994 noch zum Team der „jungen Wilden“ des frischgebackenen Präsidenten gehörte. „Wir haben

genug Erfahrung bei der Schaffung von Programmen, dem Verfassen von Konzepten, Gesetzesvorlagen – und heute erklären wir, dass wir es für möglich halten, das Geschriebene Wirklichkeit werden zu lassen.“ Zweifellos muss man Lebedko Recht geben. Wenn die Opposition zu etwas in der Lage ist, dann ist es das Verfassen von Konzepten. Allerdings glauben die Oppositionsführer wohl kaum ernsthaft daran, dass sie ihr Erzfeind bald zu Ministern macht. Vermutlich haben sie, genau wie vor den Parlamentswahlen, eine „Empfehlung“ aus Brüssel und Washington bekommen, sich doch konstruktiv einzubringen.

AUSWEGLOSE SITUATION

Eine traurige Situation für Belarus: Die Menschen sind in einem System stecken geblieben, das während Lukaschenkos Regierungszeit aufgebaut wurde, und niemand ist in der Lage, einen Systemwechsel zu initiieren. Dabei sind die Belarussen durchaus, wie jedes Volk, potenziell zu Veränderungen bereit, können dieses Potenzial jedoch nicht bei Wahlen realisieren. Es bleibt die Hoffnung auf eine Selbstreform des Systems oder eine neue politische Kraft. Die Opposition, die sich mit ihrer Außenseiterrolle längst abgefunden hat, scheidet als Hoffnungsträger aus. Auch in Europa scheint man inzwischen begriffen zu haben, dass in einer solchen Situation nur das Regime selbst Reformen initiieren kann. Die Opposition wird dennoch weiterexistieren, auch wenn ihre Finanzierungsquellen aus dem Westen weniger energisch sprudeln, und sie wird sich unter dem Druck der jungen Parteibasis und der Brüsseler Politikstrategen reformieren müssen. Das alles braucht Zeit. Mehr als die zwei Jahre bis zur nächsten Präsidentschaftswahl 2011. Bis dahin wird die Opposition der abstrakte Versager und Miesmacher in den Köpfen der Belarussen bleiben.

Staatliche Zivilgesellschaft

(Pauljuk Bykowskij, Minsk/MS) 350 Delegierte aus allen belarussischen Regionen strömten Ende Oktober nach Minsk in den Palast der Republik zum ersten Kongress der „Belaja Rus“. Die staatstreue NGO gab sich ein Programm – und kündigte an, Staatsorgane kontrollieren zu wollen.

Woher der Wind bei der Belaja Rus weht, war spätestens klar, als ihr Vorsitzender, Bildungsminister Radkow, das neue Programm vorstellte. Darin heißt es: „Die Zeit hat bewiesen, dass der historische Weg des belarussischen Volkes richtig war.“ Es folgt eine Aufzählung der bahnbrechenden Erfolge im Wirtschafts- und Sozialbereich. Und, wenig überraschend, der Garant des Erfolgs: „All dies wurde Realität unter Führung des allgemein anerkannten nationalen Führers, des Präsidenten Alexander Grigorewitsch Lukaschenko.“

Vermutlich, da sind sich die Beobachter weitestgehend einig, hat der so gelobte die Bewegung nicht selber initiiert. Zwar wird der Belaja Rus allenthalben staatliche Unterstützung zuteil, großkalibrige rhetorische Hilfe vom Staatsoberhaupt persönlich gab es jedoch nicht. Dennoch weiß man bei der vor einem Jahr gegründeten Belaja Rus, wie wichtig der Präsident für das Land ist.

Man wolle, „den präsidialen Kurs nicht korrigieren, sondern kommentieren“, stellte denn auch der Bildungsminister und Vorsitzende Radkow klar. Um die angestrebte „Verbesserung der Lebensqualität und die Errichtungen eines Staates für das Volk“ zu erreichen, sei jedoch „die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen“ unabdingbar, so der Chef der Belaja Rus, und genau da dockte seine Organisation an. Soziale Projekte, Gesundheitsaufklärung, öffentliche Kontrolle staatlicher Institutionen – das sind seit dem druckfrischen Programm die wichtigsten Tätigkeitsfelder der Belaja Rus. „Überlebenswichtig“ ist dabei, so die rhetorisch versierten Autoren des Papiers, „die

Erhaltung der Geschlossenheit und Einheit des belarussischen Volkes“.

Ein hehres Ziel. Und die Belaja Rus ist auf dem besten Weg dorthin, wussten Delegierte aus dem Minsker Gebiet zu berichten: 2008 hatten tausende Mitglieder sich an der Erntekampagne beteiligt, die Jugend über Gesundheitsgefahren aufgeklärt und Veteranen ihre Wohnungen renoviert. Besonders aktiv beteiligten sich die Idealisten der Belaja Rus bei den Parlamentswahlen im Herbst. Etwa 10.000 Mitglieder waren als Wahlbeobachter tätig, machten Wahlkampf für Staatskandidaten – oder ließen sich gleich in eines der beiden Parlamente wählen. Fast die Hälfte der Abgeordneten des belarussischen Unterhauses, verkündete Radkow stolz, seien Mitglieder der Organisation, im politisch weniger bedeutsamen Oberhaus seien es immerhin ein Drittel. Nun plant die Organisation die nächsten Schritte: Von „patriotischen, kulturellen, Bildungs- und Sportveranstaltungen“ ist da die Rede, es soll öffentliche Empfangszimmer geben, in denen sich Bürger über staatliche Organisationen beschweren können, und, last but not least, sollen die Bürger bei Seminaren, Konferenzen und anderen Veranstaltungen „Fragen der Entwicklung des belarussischen Staates und der Gesellschaft“ diskutieren. Besonders die öffentlichen Empfangszimmer werden wohl die gesamte logistische Aufmerksamkeit der Organisation fordern, denn es brauche dafür nicht nur Büros, sondern auch andere Gelder für laufende Kosten, so die Redner warnend. Das ist es der Belaja Rus aber offenbar wert, denn im kommenden Jahr sollen fast die gesamten Mitgliedsbei-

träge für Volkes Kummerkasten verwendet werden.

Böse Zungen indes reden seit Monaten von einer „staatlich initiierten und abgesegneten Zivilgesellschaft“ und weisen darauf hin, dass die Belaja Rus angeblich in Staatsbetrieben Bürger zur Mitgliedschaft zwingt. Über 80.000 Mitglieder in einem Jahr – das sei verdächtig viel in verdächtig wenig Zeit, finden die Kritiker. Bildungsminister Radkow hielt dagegen: „Wir bemühen uns, das Freiwilligkeitsprinzip bei der Mitgliedschaft streng zu befolgen.“ Obwohl „natürlich die Arbeit für uns neu war und es sicherlich einige Fehler gab.“

Dass auf dem Kongress traute Einigkeit herrschte, zeigte das selbst für belarussische Verhältnisse rekordverdächtige Abstimmungsergebnis: 100 Prozent der Delegierten stimmten für das neue Programm. Dann gab es doch noch eine Überraschung, wenn auch positiver Art:

Ewgenij Gontscharenko, Vertreter der Belaja-Rus-Niederlassung in Logojsk, setzte eine Programmänderung durch. Wo vorher nur von „gesellschaftlicher Einheit“ die Rede war, steht nun deutlicher, die Belaja Rus solle eine „Organisation des Zusammenschlusses“ werden. Gontscharenko selbst meinte dazu: „Unser Ziel ist es, in Zukunft eine starke politische Partei zu gründen, die unsere Aufgaben bewältigen kann.“ Ein Mitglied des Präsidiums räumt ein, dies sei durchaus eine Option: „Wenn die Wahlgesetzgebung geändert wird und Parteilisten ermöglicht werden, werden wir natürlich über eine Parteigründung reden.“

Die Korruption frisst ihre Kinder

(Alexander Dautin, Minsk) Eine neue Welle von Korruptionsesthüllungen ist über Belarus hinweggerollt. Opfer des Rundumschlags Alexander Lukaschenkos waren dieses Mal hochrangige Mitarbeiter des Innenministeriums und der Staatsanwaltschaft. Es bestehen allerdings unter unabhängigen Experten arge Zweifel daran, ob es im Ergebnis der Säuberungen weniger korrupte Beamte im Lande geben wird.

Die monatliche Sitzung zur Korruptionsbekämpfung beim Präsidenten schlug im November letzten Jahres wie eine Bombe ein. „Zehn hochrangige Beamte des Innenministeriums haben illegal Grundstücke im Minsker Gebiet gekauft“, verkündete Lukaschenko seinen Untergebenen. „Sie bauten darauf, im Schein einer nicht existierenden Baugenossenschaft, zwei- bis dreistöckige Gebäude.“ Die eigentlichen Hüter des Rechts hätten, so der Präsident, für die Grundstücke lächerliche 25 000 belarussische Rubel gezahlt, also in etwa 10 Euro.

Die Aufdeckung der Fälle im Innenministerium war allerdings nur die erste Säuberungsaktion von Korruptionsexperte Lukaschenko, der seine politische Karriere 1994 mit einer Antikorruptionskampagne begonnen hatte. Offenbar besann sich der Präsident seiner Qualitäten: Er ließ gleich zwei hochgestellte Vertreter der Staatsanwaltschaft anklagen.

Insbesondere der Staatsanwalt des Minsker Gebietes Michail Snegir hatte seinen Präsidenten mehr als enttäuscht. Im Mai 2007 erwarb Snegir im Zentrum der belarussischen Hauptstadt eine 5-Zimmer-Wohnung mit mehr als 200 m² Fläche und einer Tiefgarage. „Woher,“ fragte Lukaschenko erbost, „hat ein Staatsanwalt Geld für solchen Luxus? Und wie konnte sich Snegir die Wohnung zum Vorzugspreis von 72 000 Dollar beschaffen, wo doch der Marktpreis bei einer halben Million liegt?“

Die Antwort ist so schwer nicht. Snegir, von Berufs wegen ein ä-

ßerst fähiger Jurist, deichselte seine Transaktion schlichtweg so, dass sie legal aussah. Zu diesem Zweck unterschrieb der Staatsanwalt eine gefälschte Zusatzvereinbarung zum Kaufvertrag, in der eine andere Kaufsumme angegeben wird, umgerechnet etwa 248 000 Dollar. Bis hierhin war alles perfekt geplant gewesen, doch dann tauchte ein unterwartetes Problem auf: Die Wohnung war eigentlich gar nicht zu verkaufen, denn in ihr wohnte ein Mitarbeiter, der einen Mietvertrag bis 2024 besaß. Snegir wollte natürlich nicht zwanzig Jahre auf sein erfuchstes Eigentum warten. Die Sache ging vor Gericht. „Was glauben Sie, wie die zuständigen Richter entschieden?“ fragte Lukaschenko empört in die Beamtenrunde. „Sie sprachen ihr Vorgehen telefonisch ab – mit Snegir!“ Der widerspenstige Mieter wurde für den „eigenwilligen Umbau der Wohnung“ bestraft. Er gab jedoch nicht auf und wandte sich insgesamt achtmal mit Beschwerden über Snegir an den Generalstaatsanwalt.

„Und was passierte? Keine Antwort!“ - schimpfte Lukaschenko weiter. „Denn alle Dokumente gingen über den Schreibtisch des stellvertretenden Generalstaatsanwalt Nikolaj Kuprijanow, der mit Snegir ein freundschaftliches Verhältnis pflegt.“

„Mich empört die wachsende Korruption unter jenen, die sie eigentlich bekämpfen sollten“, erklärte Lukaschenko abschließend uns ließ durchblicken, dass die Karrieren der ertappten Beamten damit beendet seien. Dennoch sei dies nur die Spitze des Eisbergs ge-

wesen. Im Bereich der staatlichen Verwaltung habe es allein in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres 347 Fälle von Verbrechen im Zusammenhang mit Korruption gegeben, darunter 104 von Mitarbeitern der Abteilung für Inneres, der Staatssicherheit, der Steuerpolizei, des Verteidigungsministeriums, des Staatlichen Grenz- und des Staatlichen Zollausschusses. „Und das sind nur die Fälle, die aufgedeckt wurden“ - gab Lukaschenko zu bedenken. Vermutlich hat der Präsident recht, und die Dunkelziffer ist deutlich höher. Belarussische Rechtsexperten zumindest gehen davon aus, dass nur 30 Prozent der Korruptionsfälle aufgedeckt wurden. Was tun? Hinter vorgehaltener Hand kritisieren Experten, es gebe viel zu viele Beamte mit weitreichenden Vollmachten, die weder durch die Zivilgesellschaft noch durch die Öffentlichkeit kontrolliert würden. Korruption, so die Kritik, sei also nicht das Vergehen einiger Übeltäter, sondern die Krankheit eines ganzen Systems. Das sieht Jurij Schadobin, Staatssekretär des belarussischen Sicherheitsrates, naturgemäß anders. Nachdem internationale Organisationen ein im Vergleich zu anderen Ländern relativ hohes Korruptionsniveau in Belarus festgestellt hatten, erwiderte Schadobin: „Diese Einschätzung kommt nicht von uns, sie kommt von internationalen Organisationen.“ Allerdings blieb Schadobin eine Erklärung schuldig, warum internationale Vergleiche nicht objektiver sein sollten als die Einschätzungen der betroffenen Regierungen.

Pressefreiheit privjet?

(Jakob Hut, Berlin) Der belarussische Staat geht einen weiteren Schritt auf die EU zu und nimmt die staatskritischen Zeitungen „Nascha Niwa“ und „Narodnaja Wolja“ nach dreijähriger Abstinenz wieder in sein Vertriebs- und Kiosksystem auf. Andere kritische Zeitungen haben weniger Glück.

Am 21. November bekam Andrej Dynko, graue Eminenz und zweiter Chefredakteur von Nascha Niwa, einen Anruf von Wsewolod Jantschewskij, Chefideologe der Präsidialadministration. Jener verkündete die frohe Botschaft: Es gebe „die Möglichkeit, das Zustellungsproblem zu lösen“. Dynko, für seine reserviert-ironische Art bekannt, mag innerlich einen Hüpfen bis zur Decke gemacht haben. Denn was Jantschewskij sagt, kommt von weiter oben, und was von weiter oben kommt, ist in Belarus Gesetz. Und tatsächlich konnten zwei Wochen später die ersten Leser „ihre“ Zeitung an Minsker Zeitungskiosken kaufen. Die staatlichen Kioske lassen es zwar ruhig angehen und bestellen lediglich 1400 Exemplare pro Woche, so dass Nascha Niwa am Erscheinungstag immer sofort ausverkauft ist. Doch dieses Problem hat nicht nur das Intellektuellenblatt, ähnlich geht es auch der Einfache-Leute-Tageszeitung Narodnaja Wolja. 2500 Exemplare gingen pro Tag an die belarussischen Kioske - und waren ebenfalls sofort ausverkauft.

Deshalb wirbt die stellvertretende Chefredakteurin von Narodnaja Wolja, Swetlana Kalinkina, auch um Abonnenten: „Ein Abonnement ist der sicherste Weg, die Zeitung zu bekommen“. Ob die Leser reagieren, ist ungewiss, denn in Belarus ist ein Zeitungsabonnement teurer als die Kioskvariante. Werbekampagnen wollen die beiden jahrelang gebeutelten Zeitungen nicht machen. Allerdings entschloss sich die Redaktion von Nascha Niwa zu einem historischen Schritt. Seit November erscheint die Zeitung in der staatlichen Rechtschreibvariante, nicht mehr in der inoffiziellen,

lediglich von Intellektuellen benutzten „Taraschkewitza“. Man wolle neue Leser gewinnen, so die Redaktion in ihrem Brief an die Leserschaft, denn „die unabhängige Zivilgesellschaft darf sich nicht isolieren“.

Bei allen Problemen ist die Auferstehung der beiden Granden der unabhängigen Presse politisch gesehen eine Sensation. Drei Jahre hatten die beiden Zeitungen im Quasi-Untergrund existiert, die Narodnaja Wolja wurde gar in Russland gedruckt und heimlich über die offene Grenze gebracht. Nun kann die einzige regimekritische Tageszeitung wieder im staatlichen belarussischen Druckhaus von den Druckmaschinen laufen. Eine schöne Geste, fand denn auch Jacek Protasewicz, Chef der Delegation des EU-Parlaments für Beziehungen zu Belarus: „Das ist ein sehr wichtiges Signal aus Minsk. Es zeigt, dass die Regierung die Beziehungen zur EU ernsthaft

verbessern will.“ Allerdings, so Protasewicz, warte man jetzt noch auf die Erfüllung der anderen Bedingungen, die die EU für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Belarus gestellt habe - unter anderem zur Versammlungsfreiheit und zur Wahlgesetzgebung.

Dass es mit der Pressefreiheit auch weiterhin nicht zum allerbesten steht, zeigt die Tatsache, dass Narodnaja Wolja und Nascha Niwa nur die Spitze des Eisbergs sind. 15 Zeitungen können nach wie vor nicht über den staatlichen Vertriebsmonopolisten zu ihren Lesern gelangen, wie der belarussische Journalistenverband erklärt. Darunter auch die Tageszeitung „Genosse“ der oppositionellen Partei der belarussischen Kommunisten, deren Chefredakteur Sergej Woznjak erst kurz vor dem Minsk Forum eine Absage erhalten hatte. „Irgendwelche Angebote haben wir bisher nicht bekommen“, meint Woznjak verbittert.



„Endlich wieder überall zu kaufen!“ Der stellvertretende Vorsitzende der belarussischen Volksfront Viktor Iwaschkewitsch (rechts) und ein junger Leser mit ihrer Wochenzeitung Nascha Niwa
Foto: Radio Free Liberty

Ziel: Investitionsparadies

(Natalja Hlebus, London) 370 Teilnehmer aus über 30 Ländern kamen Ende November zum Belarussischen Investitionsforum nach London, um sich über das Investitionsklima und dessen Zukunft auszutauschen. Wie stehen die Chancen auf einen Investitionsschub, was tut Belarus dafür und wer will investieren? Auf diese und andere Fragen stand im Exklusivinterview der belarussische Botschafter in Deutschland, Wladimir Skworzow, Rede und Antwort.

Belarus-Perspektiven: Wladimir Nikolajewitsch, warum ausgerechnet London?

Wladimir Skworzow: Natürlich ist unsere Wahl nicht zufällig auf London gefallen – immerhin ist die Stadt eines der europäischen Finanzzentren, wo viele wichtige Kontakte entstehen. Deshalb ist auch Premierminister Sergej Sidorski extra aus Minsk angereist.

Als belarussischer Botschafter in Deutschland haben Sie sicher ein besonderes Auge auf deutsche Firmen gehabt. Waren viele hier?

Sehr viele – darunter große Namen wie die Robert Bosch GmbH und die Deutsche Bank. Großes Interesse zeigten auch Energiefirmen und die Anwaltskanzlei Arzinger und Partner, aber auch spezialisierte Produzenten wie die Claas GmbH, die unter anderem Mähdrescher herstellt. Kurz, es waren interessierte Investoren und Businesspartner aus allen Bereichen vertreten, die im Panel über Erfahrungen mit dem belarussischen Markt diskutierten und in Kleingruppen die Perspektiven der Zusammenarbeit mit belarussischen Partnern besprachen.



Wladimir Skworzow, Botschafter der Republik Belarus in der Bundesrepublik Deutschland Foto: Hlebus

Was war das Hauptziel der Veranstaltung?

Wir wollten ausländischen Geschäftsleuten zeigen, welches reale Investitionspotential Belarus hat, welche Bedingungen hier für Geschäfte herrschen, und was sich im letzten Jahr alles getan hat. Die Teilnehmer konnten sich sozusagen aus erster Hand davon überzeugen, welches Tempo die Wirtschaftsreformen in unserem Land angenommen haben. Nicht umsonst hat die Staatsführung das ehrgeizige Ziel ausgegeben, in absehbarer Zukunft zu den dreißig Ländern in der Welt zu gehören,

in denen die besten Investitionsbedingungen herrschen.

Gibt es denn schon konkrete Investitionsprojekte?

Wir haben unseren potentiellen Partnern beim Forum über 70 Projekte präsentiert, darunter die geplante Produktion von Bussen in den Minsker Automobilwerken oder den Bau von Wasserwerken an den Flüssen Westdwinia und Dnjep. Allein die Zahl der Projekte zeigt, wie offen unsere Wirtschaft ist.

Was hat Belarus potentiellen Investoren außer Stabilität zu bieten?

Seine einzigartige Brückenfunktion zwischen Ost und West. In diesem Zusammenhang wartete das Transportministerium gleich mit zwei großen Investitionsprojekten auf – neben dem Ausbau der Flugzeugstaffel der staatlichen Fluggesellschaft „Belavia“ steht auch die Schaffung einer eigenen belarussischen Flotte von Handelsschiffen auf dem Programm.

Welche Form des Investments empfiehlt sich denn in Belarus?

Alle Formen von Investitionen lassen sich in Belarus praktizieren – von Kreditvergabe über Direktinvestitionen bis zur Schaffung von Joint-Ventures. Ein Patentrezept gibt es nicht – was für den einen Investor ideal ist, passt dem anderen weniger. Die Teilnehmer des Forums diskutierten deshalb offen über verschiedene Varianten des Investments.

Herr Botschafter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

IWF stellt Bedingungen

(Alexander Dautin, Minsk) Anfang Januar war die Sensation perfekt: 2,5 Milliarden Dollar leiht der IWF Belarus für zwei Jahre. Die Finanzkrise zieht solche Kreise, dass sich selbst Belarus zu Schritten entschied die noch vor einem Jahr undenkbar schienen. Noch während der Verhandlungen klopfen bereits die ersten Gläubiger in Minsk an.

2 Mrd. Dollar erhoffte sich die Minsker Regierung durch den Internationalen Währungsfond (IWF). Doch offenbar saß in Washington das Geld nicht ganz so locker wie in Moskau, wo Minsk regelmäßig Milliarden zu konkurrenzlos günstigen Konditionen ohne jegliche wirtschaftspolitischen Auflagen bekam. Die erste Gesprächsrunde zwischen der belarussischen Delegation und dem IWF endete im November ohne Ergebnis. Seither zogen sich die Verhandlungen weiter hin. Das belarussische Innenministerium behauptete selbstsicher, man sei sich im Prinzip einig. Lediglich die „technischen Details konkreter politischer Maßnahmen“ müssten „spezifiziert werden“.

Minsk hatte nicht zu viel versprochen. Im Dezember fand eine zweite Verhandlungsrunde statt, die die Medien mit bislang nie dagewesener Aufmerksamkeit verfolgten. Sogar das amerikanische Wall Street Journal wollte wissen, ob man sich denn bald einig werde. Alexander Lukaschenko gab dem Flaggschiff der amerikanischen Wirtschaftspresse daraufhin ein Interview. Der IWF, so Lukaschenko „hat uns einen Verweis erteilt, da wir inmitten der Krisensituation die Gehälter erhöht haben“. Der Präsident stand jedoch zu der Lohnerhöhung im November, eine in liberalen IWF-Kreisen traditionell unpopuläre Maßnahme: „Besonders reich sind unsere Leute ja nicht. Eine kleine Lohnerhöhung wie diese fällt kaum ins Gewicht.“ Zwar stimmte Lukaschenko den Experten des IWF grundsätzlich zu, dass „man in Krisensituation die Löhne nicht erhöht.“ Eine Rücknahme der Entscheidung, fand der Präsident,

stehe jedoch nicht zur Debatte. Sie sei „noch vor der Ausbreitung der Finanzkrise in Europa und Amerika getroffen“ worden.

Ob es das Staatsoberhaupt mit seiner kategorischen Absage ernst gemeint hatte, darf getrost bezweifelt werden. Tatsächlich beeilte sich die belarussische Regierung, es dem IWF doch recht zu machen und legte kurz darauf ihre Verordnung Nr. 1818 vor, die die Senkungen des Tariflohns von 91.000 auf 77.000 Belarussische Rubel (BR) für die erste Lohngruppe vorsieht. Dementsprechend sanken die im November gerade erst erhöhten Beamtenlöhne und kehrten praktisch auf das Ausgangsniveau vom Oktober zurück, das bei 73.000 BR gelegen hatte. Der belarussische Wirtschaftsminister Andrej Tur begründete dies auch sofort mit der Finanzkrise. Der Konjunkturabschwung, so Tur, sei für die belarussische Exportwirtschaft ein herber Schlag, der zur Senkung der Steuereinnahmen geführt habe. Das neue wirtschaftspolitische Regierungsziel laute deshalb, „die stabile Wirtschaftsentwicklung aufrecht zu erhalten, möglicherweise in einem weniger rasanten Tempo, jedoch ohne Rezession.“ Anfang Dezember legte Präsident Lukaschenko nach. Beim Treffen mit Premier Sidorski und Nationalbankchef Pjotr Prakałowitsch forderte der Präsident, dass „die gesamte Regierung zu einem Handelsministerium“ werden müsse.

Offenbar ging der Staat auch in anderen Fragen auf den IWF zu. Der Fonds hatte vorgeschlagen, staatliche Förderungsprogramme zusammenzukürzen. Daraufhin verkündete Premier Sidorski, dass die staatlichen Ausgaben um 5

Bio.BR (ungefähr 2,3 Mrd. Dollar) schrumpfen sollten – das wären ungefähr 12 % der Staatsausgaben. Lukaschenko stimmte dem zu und bekräftigte, einzig die Ausgaben im Gesundheitswesen sollten auf dem bisherigen Niveau bleiben. Auf die Belarussen kommen wohl demnächst zudem höhere Lebenshaltungskosten zu, denn der IWF hatte gefordert, die Tarife für kommunale Leistungen anzuheben. Lukaschenko gab sich auch hier einsichtig und erklärte im Wall Street Journal, dass „weniger als die Hälfte der Bevölkerung für kommunale Leistungen zahlt, dem Rest erweisen wir Zuwendungen... Allmählich kommen auch wir, so wie Sie in Amerika, zu dem Schluss, dass die Bevölkerung zu 100 % für kommunale Leistungen selbst aufkommen muss.“

Kredite aufnehmen ist schön – sie zurückzahlen weniger, wie Belarus schon bald feststellen wird. Denn der erste Zahltag rückt bedrohlich näher: Die belarussischen Auslandsschulden des Landes betragen im ersten Halbjahr 2008 14,1 Mrd. Dollar, davon haben 66 % kurze Laufzeiten. 2 Mrd. Dollar sind Staatsanleihen, der Anteil der Banken beträgt ungefähr 3 Mrd. Dollar. Der fehlende Betrag sind Schulden von Unternehmen. Damit hat nicht nur der Staat ein Problem, in Zeiten sinkender Steuereinnahmen seine Schulden zurückzahlen, sondern auch die verschuldeten Privat- und Staatsunternehmen, deren Absätze wegen des weltweiten Konjunkturabschwungs einbrechen werden. Experten prognostizieren deshalb, dass die noch vor kurzem aufgenommenen Kredite vor allem in den Unternehmen für Kopfschmerzen sorgen werden.

Impressum:

Redaktionsadresse:

IBB gGmbH, Belarus-Perspektiven,
Bornstr. 66, 44145 Dortmund,
☎ 0231-952096-0, Fax: 0231-521233,
E-Mail: info@ibb-d.de,
Website: www.ibb-d.de

Herausgeber:

Peter Junge-Wentrup, Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH
Dortmund

Redaktion:

Martin Schön, Berlin,

Sabrina Bobowski, Berlin
Dr. Edith Spielhagen, Berlin,
Nadine Lashuk, Minsk,
Kai-Uwe Dosch, Hamm

Druck:

Montania Druck, Dortmund

Gekennzeichnete Artikel entsprechen
nicht unbedingt der Meinung der Re-
daktion.

Leserbriefe an BelarusPerspektiven@
gmail.com

Einzelpreis: 4,00 Euro, Jahresabonnement
incl. Versand: 15,00 Euro.

Saure Milchkombinate

(Alexander Dautin, Minsk) Die staatliche russische Landwirtschaftskontrolle unterzog im Herbst belarussische Lebensmittelunternehmen einer umfassenden Prüfung. Das niederschmetternde Ergebnis: Milch und Käse in 20 belarussischen Kombinatenn erfüllen nicht russische Qualitätsstandards. Die belarussische Seite wittert ein Politikum.

Zumal es die russischen Käse- und Milchinspektoren nicht bei der punktuellen Kritik beließen, sondern gleich zum Rundumschlag ausholten. Das belarussische Kontrollsystem, so die Spezialisten aus Moskau, könne grundsätzlich keine ungefährliche Lebensmittelproduktion garantieren. Warum die Russen trotzdem 135 von 141 überprüften Firmen ihr OK gaben, blieb ihr Geheimnis. Vielleicht steht es um die belarussische Landwirtschaft doch ja nicht so schlecht, und Russland wollte lediglich die belarussischen Produzenten in ihrem Exporteifer dämpfen. Denn Belarus produziert jährlich 6,8 Millionen Tonnen Milch, von denen der Binnenmarkt nur 3 Millionen aufnimmt, und ist deshalb auf den Export von Milchprodukten angewiesen. Das bestätigt auch der Wirtschaftsexperte Leonid Sajko, der die dominante Stellung des russischen Absatzmarkts unterstreicht: „Wir

verkaufen heute 95 Prozent unserer Milch und 80 Prozent des Fleisches nach Russland“, so Sajko. Mit anderen Worten: Belarussische Fabrikanten sind abhängig von russischen Abnehmern. Europa bleibt den belarussischen Milchproduzenten indes verschlossen, da nur 2 Prozent der Milch den strengen europäischen Qualitätsstandards gerecht werden und belarussische Milch zudem teurer ist als europäische.

Abhängigkeit macht nervös. Deshalb brach die wichtigste Hygieneexpertin und stellvertretende Gesundheitsministerin Walentina Katschan persönlich eine Lanze für belarussische Bauernhöfe. „Wenn die russischen Kontrolleure Recht hätten mit ihrem Negativurteil, würden doch in Belarus die Erkrankungen in Folge von niedriger Lebensmittelqualität zunehmen. Sie nehmen aber ab! Zum Beispiel hat es 2008 über 56 Prozent weni-

ger Fälle von bakterieller Darminfektion gegeben als im letzten Jahr. Diese Entscheidung riecht nach Politik“, erklärte Katschan und meinte damit wohl, dass die Russen ihren eigenen Binnenmarkt vor billiger belarussischer Konkurrenz schützen wollen.

An den Kontrollstandards könne es jedenfalls nicht liegen, findet die belarussische staatliche Kontrollbehörde. Deren Vertreter Walerij Koreschkow erklärte, dass die Qualität „nach internationalen Standards“ überprüft würde. Wie dem auch sei, wer Recht hat, ist in der harten Welt der Wirtschaft meistens egal, denn die Bedingungen stellt derjenige, der die bessere Position hat. Das sind zweifellos die russischen Milchäufer. Also werden die belarussischen Milchfabriken sich entweder neue Absatzmärkte suchen müssen – oder den Forderungen der Kontrolleure nachgeben.

Selbständige bald flüssig

(Andrej Alexandrowitsch, Minsk) Im Oktober eröffnete in Minsk die erste Belarussische Bank für Kleinunternehmer (BBMB), finanziert von großen westlichen Kreditinstituten. Ziel sind 10 bis 15 Prozent Marktanteil.

Unter den Gründern der Bank sind sowohl die deutsche Commerzbank und die amerikanische ShoreBank International als auch staatliche Förderbanken wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Das relativ bescheidene Zielsegment am Markt von 10 bis 15 Prozent hält der frischgebackene Leiter der Bank, Defdariani Sejt, für realistisch: „Es gibt bereits größere

Banken mit einem besseren Filialnetz in Belarus“, so Sejt. „Dennoch können wir die Konkurrenz beleben und für Innovationen auf dem Markt sorgen.“ Als potenzielle Klienten macht er sowohl Selbständige als auch Kleinunternehmer aus, die zehn und mehr Angestellte haben. Etwa 10.000 Euro soll die durchschnittliche Kreditsumme betragen, ein Minimal Kredit beträgt bescheidene 500 Euro. Neben den 7 Millionen Euro

Eigenkapital soll die BBMB in den nächsten zwei Jahren etwa 5 Millionen Euro an Investitionsgeldern von ihren Aktionären bekommen. Eine solide Basis in Zeiten von kreditunwilligen Großbanken, die durch die Finanzkrise gebeutelt sind. Vielleicht profitiert die BBMB ja auch von der Vorsicht der Konkurrenz und kann sich einen höheren Marktanteil erkämpfen als die bisher geplanten 10 bis 15 Prozent.

Große Steuerreform

(Alexander Dautin, Minsk) Wovon die FDP in Deutschland seit Jahrzehnten träumt – die belarussische Regierung hat es innerhalb kürzester Zeit wahr werden lassen. Ab 2009 zahlen alle Steuerzahler eine einheitliche Einkommenssteuer von zwölf Prozent. Doch wer sind die Gewinner der Reform?

Momentan führen Erwerbstätige in Belarus nach einer progressiven Einkommenssteuerskala zwischen 9 und 36 Prozent ihres Einkommens an den Staat ab. Durch die Reform werden die Steuerzahler um für belarussische Verhältnisse beeindruckende 670 Millionen Euro entlastet, was etwa 1,3 Prozent des BIP entspricht.

Experten in Wirtschaftskreisen aller Couleur sind sich im Prinzip einig, dass die Reform eine gute Idee ist: Geringerer Verwaltungsaufwand und geringere Steuerbelastung schaden wohl kaum Staat, Wirtschaft und Kaufkraft. Fragt sich nur, wer genau von der Reform profitiert. Der Leiter des Wirtschafts-Thinktanks „Strategija“ und erklärte Liberale

Leonid Sajko findet es verdächtig, wie schnell die Reform durchgepeitscht wurde. „Zehn Jahre“, so Sajko, „redeten wir auf Regierung und Abgeordnete ein und erklärten ihnen, dass ein progressives Steuersystem ein Anachronismus ist. Zehn Jahre keine Reaktion – und nun ging alles blitzschnell. Das ist keine Reform für Studenten, Straßenkehrer und Krankenschwestern, sie hilft der Nomenklatur und all jenen, die sich am Staatstrog sattfressen dürfen“.

Der Experte rechnet vor, dass vor allem die bisher relativ hoch besteuerten großen Einkommen nun deutlich weniger besteuert werden – für einen Geringverdiener steige die Steuer sogar von neun auf zwölf Prozent. Unternehmer

indes, so Sajko, hätten wenig von der Reform, da sie nach wie vor 36 Prozent an Sozialsteuern zu zahlen hätten. Und hier sind Steuersenkungen wohl kaum zu erwarten, weil Rentenexperten bereits heute eine Unterfinanzierung des Systems bei einer sich verformenden Alterspyramide beklagen. Als sicher kann indes gelten, dass die Regierung das neue Loch im Budget wird stopfen wollen. Es stellt sich also die Frage nach den Verlierern der Reform. Hoch im Kurs stehen die Kleinen und Mittleren Unternehmen, die der Staat regelmäßig bei Finanzengpässen anzapft. Im schlimmsten Fall könnte die Große Steuerreform somit zu einer Umverteilung von Geringverdienern und Mittelstand nach oben führen.

Blumenbusiness trocknet aus

(Sergej Glagoljew, Minsk) Im Herbst herrschte in belarussischen Blumengeschäften gähnende Leere. Nun sind Rosen, Tulpen und Nelken wiedergekehrt – doch für wie lange?

Belarussische Frauen sind verrückt nach Blumen, weshalb an Feiertagen tausende Männer mit Rosensträußen durch Minsker Straßen ziehen. Im Oktober war Schluss mit Bunt: Zuerst verschwanden die Sträuße von den Straßen, dann einige Geschäfte, und am Ende boten die übriggebliebenen Händler wie zum Hohn nur ein paar welke Exemplare niederer Qualität an. Was war geschehen?

Die belarussische Regierung hatte die Anordnung Nr. 183 in Kraft gesetzt. Darin wurde Importeuren untersagt, mehr als 60 Prozent ihres Einkaufspreises als Gewinn zu verbuchen. Was für Autohändler und Handy-Läden in Ordnung sein mag, ist für die belarussischen Blumenverkäufer kein Zustand:

Kleine Blumenhändler kaufen in den Niederlanden in der Regel etwa 2000 Rosen ein, bis zu anderthalb Euro das Stück. 10 Prozent des Selbstkostenpreises gehen an die Steuerbehörde, 80 Prozent müssen die Händler in Minsk für einen Minikiosk von 4,5 Quadratmetern an Miete und Gehältern zahlen. Und last but not least gehen 30 Prozent der empfindlichen Ware beim Transport nach Belarus kaputt. Damit sich das Geschäft also lohnt, schlugen die Blumenverkäufer bisher 120 Prozent auf den Einkaufspreis auf. Die Regierung fand nun, dass es auch 60 Prozent täten.

Trotz allem gelang es den belarussischen Unternehmern – wie so oft – auch bei der Blumenkrise,

die staatlichen Auflagen kreativ zu meistern. Einige stellten auf qualitativ niedere, aber günstigere belarussische Blumen um, andere fanden sich entweder mit geringeren Gewinnen ab oder fälschten gleich ihre Bücher. Damit erstrahlten die belarussischen Blumengeschäfte vor Neujahr wieder in alter Pracht, und am Abend des 31. Dezember konnte man wieder tausende Männer beobachten, die üppige Blumensträuße durch die Menschenmengen bugsierten. Wie lange der Blumenfrieden jedoch vorhält, hängt wohl davon ab, wie sich der Markt weiter entwickelt. Denn eins ist sicher: Die Profitmarge der Blumenhändler ist weitaus weniger komfortabel als noch vor drei Monaten.

Chronologie von 06.10.2008 bis 11.01.2009

6.-12. Oktober

Der russische Premierminister Wladimir Putin trifft sich in Minsk mit Alexander Lukaschenko. Es geht um Stabilisierungskredite sowie andere Zahlungsvorgänge.

Der OSZE-Vorsitzende und finnische Außenminister Alexander Stubb trifft sich in Minsk mit seinem belarussischen Kollegen Sergej Martynow.

Artur Finkewitsch, der stellvertretende Vorsitzende der oppositionellen Jugendorganisation „Junge Front“, muss nach einem Kampf um die Führung zurücktreten.

In Moskau treffen sich Vertreter des russischen und belarussischen Verteidigungsministeriums zur gemeinsamen Sitzung.

Kristina Ojuland, stellvertretende estnische Parlamentssprecherin, erhält kein Visum für Belarus. Die Politikerin wollte sich mit Oppositionsvertretern treffen.

Das Europäische Parlament schlägt in einer Resolution zu Belarus vor, eine „Road Map“ für den Dialog zu erarbeiten und die Sanktionen probeweise aufzuheben.

Alexander Lukaschenko trifft in Bischkek, Kirgisien, zu Sitzungen der GUS und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Finanzkrise ein.

13.-19. Oktober

Die EU-Außenminister heben in Luxemburg die Einreiseverbote gegen 37 belarussische Beamte, darunter Präsident Lukaschenko, für ein halbes Jahr auf.

Der belarussische Außenminister Sergej Martynow trifft sich in Luxemburg mit Javier Solana, Benita Ferrero-Waldner und Alexander Stubb.

Die lettische Firma „Bioplast“ plant den Bau eines Windparks in Belarus mit vierzehn Anlagen.

Der belarussische Wirtschaftsminister Nikolaj Sajtschenko sieht Belarus nur durch teurere Kredite von der Finanzkrise betroffen.

Im Bundestag treffen sich Experten zum Fachgespräch „Belarus nach den Wahlen“. Vier belarussische Menschenrechtler bekommen kein deutsches Visum.

20.-26. Oktober

Gazprom-Sprecher Stanislaw Zyganow erklärt, der Fall des Ölpreises führe im zweiten Halbjahr 2009 auch zu geringeren Gaspreisen für Partner wie Belarus.

Alexej II., Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, besucht Minsk zum 1020-jährigen Jubiläum der Christianisierung und trifft auch Präsident Lukaschenko.

Nach Angaben des belarussischen Statistikkomitees betrug das Durchschnittsgehalt in Belarus im September etwa 320 Euro.

Der stellvertretende tschechische Außenminister Tomas Pojar trifft zum ersten bilateralen ministeriellen Dialog seit sechs Jahren in Minsk ein.

EU-Generalsekretär Javier Solana hält es für verfrüht, über die Absenkung von Visagebühren für Belarussen zu reden.

Die regierungstreue Organisation „Belaja Rus“ hält ihre erste Mitgliederversammlung in Minsk ab.

Präsident Lukaschenko trifft sich in Moskau mit seinem russischen Kollegen Dmitrij Medwedjew. Themen sind vor allem der Gaspreis und die Finanzkrise.

27. Oktober – 2. November

Das neugewählte belarussische Parlament konstituiert sich und wählt Wladimir Andrejtschenko, Ex-Gouverneur des Witebsker Gebiets, zum Sprecher.

Die Belarussische Volksfront feiert ihr 20-jähriges Jubiläum.

Präsident Lukaschenko fordert von Russland finanzielle Unterstützung für politische Loyalität.

Präsident Lukaschenko besetzt vier Posten in den Streitkräften sowie dem KGB neu.

Der Außenminister von Nicaragua, Samuel Santos Lopez, trifft in Minsk Präsident Lukaschenko.

Der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi trifft sich in Minsk mit Präsident Lukaschenko.

3.-9. November

Eine Delegation der Europäischen Kommission trifft in Minsk zu Gesprächen über einen möglichen Dialog ein.

Die Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit hat einen Vertrag über eine gemeinsame Luftabwehr erarbeitet.

Russische Lebensmittelkontrolleure verbieten belarussischen Firmen Milchprodukte wegen Gesundheitsgefahr zu importieren.

Nach offiziellen Angaben hat der Export von Belarus in die Ukraine während der ersten zehn Monate des Jahres um knapp 100 Prozent auf über vier Milliarden Dollar zugenommen.

In einer Umfrage sehen sich 92 Prozent der belarussischen Manager von der Finanzkrise betroffen.

10.-16. November

In Minsk trifft sich der stellvertretende polnische Außenminister Jan Borkowski mit seinem belarussischen Kollegen Walerij Woronetzki.

Präsident Lukaschenko entlässt den stellvertretenden Generalstaatsanwalt Kuprianowitsch sowie seinen Minsker Kollegen Snegir wegen Korruption.

Das Industriewachstum in Belarus betrug in den ersten zehn Monaten

des Jahres über 13 Prozent – der höchste Wert in der GUS, wie deren Statistikkomitee mitteilt.

In Minsk wird für etwa 8000 Euro das erste belarussische Null-Energie-Haus gebaut und eingeweiht.

Alexander Lukaschenko erklärt, Belarus werde „sobald möglich“ moderne russische „Iskander“-Luftabwehrraketen stationieren. Robert Wood, Vertreter der US-Regierung, kritisiert dies.

17.-23. November

In London eröffnet Premierminister Sidorski das belarussische Investitionsforum und trifft sich mit britischen Parlamentariern.

Das belarussische Außenministerium gestattet der Friedrich-Ebert-Stiftung, ihre Arbeit in Belarus wieder aufzunehmen.

Die internationale Arbeitsorganisation stellt fest, dass Belarus nach wie vor die Gewerkschaftsfreiheit verletze.

24.-30. November

Hans-Jochen Schmidt, Chef der OSZE-Mission in Belarus, kritisiert, das neue Gesetz über die Massenmedien entspreche nicht den Standards der Organisation.

In Brüssel findet die dritte Runde der belarussisch-europäischen Gespräche zur Zusammenarbeit im Energiebereich statt.

Nach unabhängigen Umfragen des NISIPI würden bei einer Präsidentschaftswahl über 40 Prozent der Belarussen für Alexander Lukaschenko stimmen.

Premier Sidorski fliegt nach Moskau zu Gesprächen mit Bürgermeister Jurij Luschkow.

Die belarussisch-deutsche Arbeitsgruppe für Handel und Investitionen trifft sich in Berlin. Thema ist vor allem die Zertifizierung belarussischer Waren.

1.-7. Dezember

Belarus bittet um eine Verschiebung der geplanten Sitzung des

belarussisch-russischen Unionsstaatsrats, da über einige Fragen Uneinigkeit besteht.

Das Europäische Parlament erklärt zur Östlichen Partnerschaft, Belarus könnte in das Programm einbezogen werden, wenn sich die Menschenrechtslage verbessere.

Benzin und Diesel werden an belarussischen Tankstellen um zehn Prozent billiger.

Außenminister Martynow kritisiert beim OSZE-Treffen in Helsinki, die Organisation sei nicht in der Lage, reale Bedrohungen wie Terrorismus abzuwehren.

8.-14. Dezember

Abchasien und Süd-Ossetien beantragen beim belarussischen Parlament ihre Anerkennung.

Der iranische Außenminister Manutschehr Mottaki trifft sich in Minsk mit seinem Kollegen Sergej Martynow.

Das belarussische Wirtschaftsministerium bereitet die schrittweise Liberalisierung der Wirtschaft für Anfang 2009 vor.

NATO-Vertreter Robert Simmons erklärt in Minsk, die Allianz könne versuchen, ihre Beziehungen zu Belarus wieder zu aktivieren.

Premier Sidorski und sein russischer Kollege Putin besprechen bei einem Treffen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

15.-21. Dezember

Das belarussische Justizministerium registriert die oppositionelle NGO „Für die Freiheit“ von Alexander Milinkewitsch. Javier Solana begrüßt dies.

Der Beauftragte der Europäischen Kommission für Belarus, José Manuel Pinto Teixeira, unterschreibt in Minsk einen Vertrag über Zusammenarbeit.

Alexander Lukaschenko hebt die Ausreisebeschränkungen für belarussische Kinder über die Feiertage auf.

Ex-Präsidentschaftskandidat Alexander Kosulin tritt aus der Sozialdemokratischen Partei aus, die ihn als Vorsitzenden abgewählt hat.

22.-28. Dezember

Die Präsidenten Lukaschenko und Medwedjew einigen sich in Moskau auf den Gaspreis 2009.

Nigel Gould-Davies, britischer Botschafter in Minsk, erklärt die Beziehungen seines Landes mit Belarus 2008 für klar verbessert.

Präsident Lukaschenko genehmigt, wie von Unternehmern gefordert, Steuerrabatte für private Importunternehmen, die Anfang 2009 auslaufen sollten.

Das belarussische Atomkraftwerk wird von „Rusatom“ aus Russland gebaut, erklärt ein Sprecher des belarussischen Katastrophenschutzministeriums.

29. Dezember – 4. Januar

Präsident Lukaschenko erklärt zu Neujahr, Belarus werde die Finanzkrise bewältigen.

Die Nationalbank wertet den Belarussischen Rubel um 20 Prozent ab. An Wechselstuben herrscht großer Andrang.

Die Oppositionskoalition VDK will 2009 versuchen, die Wahlgesetzgebung zu ändern, erklärt der stellvertretende Vorsitzende Anatolij Lebedko.

5.-11. Januar

Präsident Lukaschenko befördert Natallja Petkewitsch von der einfachen zur ersten Stellvertreterin der Präsidialadministration.

Gazprom erhöht zum zweiten Mal seit Neujahr die Gaslieferungen durch Belarus für den Europäischen Markt. Grund ist der Lieferstreit mit der Ukraine.

Die Leitung für die Reform von Staatseigentum lässt verlauten, dass 2009 200 Firmen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sollen, 130 sollen privatisiert werden.

Neues Holocaustgedenken in Belarus

(SB) Im Oktober fanden die Gedenkfeierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Auflösung des Minsker Ghettos statt. Im Beisein von Vertretern der Städte Köln, Bonn, Düsseldorf, Dortmund, Siegen und Berlin trauerten Deutsche und Belarussen gemeinsam um die Opfer des Holocaust. Präsident Lukaschenko betonte in seiner Rede vor allem die Rolle der jüdischen Bevölkerung für die belarussische Widerstandsbewegung.

Alexander Lukaschenko eröffnete die Trauerfeierlichkeiten zum 65. Jahrestag der Auflösung des Ghettos an der Minsker Gedenkstätte Jama mit berührenden und versöhnlichen Worten. In seiner Rede wies er auf die herausragende Rolle der jüdischen Bevölkerung in der belarussischen Widerstandsbewegung hin. Viele Juden hätten sich den Partisanen angeschlossen und Seite an Seite mit den Belarussen gekämpft. Sie hätten, so der Präsident, „eine besondere Seite in der Geschichte unseres Volkskampfes geschrieben“.

Zu den Trauerfeierlichkeiten waren auch viele Zeitzeugen aus dem Ausland gekommen. Zum Beispiel Tamara Resnik, die aus Israel anreiste: „Die traurigen Ereignisse werden für immer in unseren Herzen bleiben. Dass jetzt in Minsk Gedenkfeiern stattfinden, freut uns aber sehr, denn es zeigt, dass den Belarussen das Schicksal der jüdischen Bevölkerung am Herzen liegt.“ Auch Leonid Lewin, Träger des Bundesverdienstkreuzes und Präsident des Verbandes Jüdischer Gemeinden in Belarus, machte auf die Wichtigkeit des Holocaustgedenkens in Belarus aufmerksam: „Die Aufarbeitung der Geschichte und die Hilfe, die wir dabei aus Deutschland erfahren, ist sehr wichtig für uns“. In seiner Ansprache vor rund 1200 Trauergästen hob Lewin auch die Rolle jener Belarussen hervor, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens Juden vor dem Tod bewahrt hatten.

Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) hatte die deutsche Beteiligung an den Gedenkstunden maßgeblich mit beeinflusst und

sieht in den Gedenkfeierlichkeiten ein Novum innerhalb der belarussischen Erinnerungskultur: „In der Vergangenheit konzentrierte sich die offizielle Erinnerungskultur auf Kriegsveteranen und Partisanen, aber niemand gedachte der Opfer in der Zivilbevölkerung und der zu Tausenden ermordeten jüdischen Mitbürger.“

Insgesamt nahmen an den Feierlichkeiten rund 100 deutsche Gäste teil. Auch Bundesminister a.D. Manfred Stolpe, der auf Einladung des IBB Dortmund gekommen war, hob die Bedeutung der Erinnerung an Vergangenes hervor: „Sich zu erinnern und zu gedenken ist der beste Schutz gegen Vergessen und Verdrängen. Nur wer sich der Vergangenheit bewusst ist, kann auch die Zukunft gestalten.“

Die Städte Bonn, Köln, der Rhein-Sieg-Kreis sowie Mitglieder und Förderer der Gedenkstätte Bonn stifteten einen Gedenkstein für die verschleppten und ermordeten Juden aus den Orten des Rheinlandes. „Der Gedenkstein ist ein Zeichen dafür, dass die Opfer der Shoah nicht vergessen sind. Er zeigt, dass wir das ehrende Andenken an sie bewahren möchten“, betonte das Kölner Ratsmitglied Peter Sörries. Der Bonner Bürgermeister, Helmut Joisten, bekräftigte: „Es ist der Stadt Bonn ein Bedürfnis, den Gedenkstein als Mahnmal zu übergeben, damit das unermessliche Leid, das den Opfern der Nationalsozialisten zugefügt wurde, nicht vergessen wird. Wir sehen die Städtepartnerschaft, die die Stadt Bonn mit Minsk verbindet, als wichtigen Beitrag, um unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten.“ Die Städte Hamburg,

Düsseldorf und Bremen hatten bereits zu früheren Zeitpunkten Gedenksteine zur Erinnerung an die Zwangsdeportierten aus ihren Städten aufgestellt.

Ein weiteres Gesprächsthema während der Gedenkfeierlichkeiten war die geplante Errichtung einer Gedenkstätte für das Vernichtungslager Maly Trostenez, das in Bezug auf die Opferzahlen das viertgrößte Lager Europas war. Präsident Lukaschenko bekundete seine Unterstützung für eine zukünftige Gedenkstätte in Trostenez: „Wir haben beschlossen, eine majestätische Gedenkstätte in Trostenez zu errichten. Ich bin sicher, an ihrem Bau werden nicht nur Belarussen, sondern auch Freiwillige aus der ganzen Welt teilnehmen. Alle, denen der Humanismus etwas bedeutet, die sich echte Antifaschisten nennen. Das wird ein wirkliches gesamteuropäisches Denkmal sein.“ Auch die Stadt Köln will sich an den Arbeiten für die Gedenkstätte beteiligen, erste Kooperationsansätze besprach die deutsche Delegation mit der Minsker Stadtverwaltung.

Insgesamt boten die Gedenkfeierlichkeiten nicht nur eine neue Form des Gedenkens über den Holocaust in Belarus, sondern auch einige vielversprechende Perspektiven für die deutsch-belarussische Zusammenarbeit und die Hoffnung auf die lang erwartete Errichtung der Gedenkstätte Trostenez. Ob diese wirklich ein „gesamteuropäisches“ Projekt wird, ist noch ungewiss. Sicher ist, dass die Verantwortlichen auf beiden Seiten eine gemeinsame Sprache sprechen. Und das ist schon sehr viel.

„Wendepunkt der staatlichen Sicht“

Am Gedenken zum 65. Jahrestag der Auflösung des Minsker Ghettos war auch Leonid Lewin, Vorsitzender des Verbands der Jüdischen Gemeinden in Belarus und Gedenkstättenarchitekt, beteiligt. Warum die Gedenkfeierlichkeiten einen Wendepunkt in der staatlichen Erinnerungskultur bringen und was sich in den deutsch-belarussischen Beziehungen noch verändern muss, erklärt Lewin im Exklusivinterview.

BP: Herr Lewin, bei den Gedenkfeierlichkeiten waren auch viele Vertreter aus deutschen Städten, deren Bürger unter den Nationalsozialisten daran beteiligt waren, Juden nach Minsk zu verschleppen. Wie wichtig war für Sie die Anwesenheit der deutschen Delegation bei den Feierlichkeiten?

Lewin: Wissen Sie, früher wurden die Deutschen als Feinde betrachtet – aber seitdem ist viel Zeit vergangen. Das Bewusstsein der Menschen hat sich verändert. Wir betrachten die Deutschen als unsere Freunde, denen wir die Vergangenheit verziehen haben. Außerdem sind die heutigen Deutschen doch nicht jene, die damals Verbrechen begangen haben. Aus Deutschland kam der Aufbruch zum gegenseitigen Verständnis und zur Versöhnung. Die Anwesenheit der deutschen Delegation bei den Trauerfeierlichkeiten in Minsk war für uns sehr wichtig und hat uns sehr berührt. Die Deutschen, vor allem die Vertreter des IBB, sind bei diesem Anlass für uns zu Partnern geworden. Die Deutschen sind hierbei keinesfalls Statisten. Sie sind unsere Partner bei dieser Gedenkfeier, aber auch die Partner unserer Stadt und unseres Staates.

Wie hat sich die belarussische Erinnerungskultur Ihres Erachtens nach dem Zerfall der Sowjetunion verändert?

Ich hatte kürzlich Gelegenheit mir über Erinnerungskultur ausführlicher Gedanken zu machen. Für die Deutschen ist es beispielsweise selbstverständlich, die sowjetischen Kriegsgräber in Deutschland zu pflegen. Diese Art von Erinnerungskultur fehlt uns, und wir sollten uns darum bemühen, von anderen zu lernen. Die Sowjet-

macht hat diesen Teil der Erinnerungskultur unterdrückt und alles von uns abgetrennt, was mit den Deutschen zu tun hatte, so dass mehrere Generationen mit Vorurteilen gegen Deutsche erzogen wurden. Es hieß, die Deutschen seien unsere Feinde, und damit war das Thema erledigt. Heutzutage ist die Erinnerungskultur in erster Linie darauf gerichtet, das Verschwinden der Erinnerung an den Faschismus zu verhindern.

Einige Vertreter der Jüdischen Gemeinden in Belarus bemängeln, dass die belarussische Regierung in ihrer Erinnerungskultur dem Gedenken an den Holocaust nicht genügend Raum einräumen würde. Bei den Feierlichkeiten im Oktober hat Präsident Lukaschenko eine Rede gehalten. Hat sich das staatliche Verhältnis zu diesem Thema verändert?

Zweifellos markiert der 65. Jahrestag der Auflösung des Ghettos einen Wendepunkt der staatlichen Sicht auf den Holocaust. Ehrlich gesagt hat es so etwas bei uns früher einfach nicht gegeben. Und jetzt, da der Präsident die besondere Rolle der Juden in der Widerstandsbewegung angesprochen hat, ist dies auch auf der staatlichen Führungsebene angekommen. Die Regierung hat alles dafür getan, diese Gedenktage auf dem höchsten Niveau abzuhalten.

Warum verzögert sich die Errichtung eines Denkmals am Ort des ehemaligen Todeslagers Trostenez noch?

Vor dem Krieg gab es an dieser Stelle ein KGB-Lager. Das wollte man vertuschen und bemühte sich zudem, die Opferzahl der sowjetischen Verbrechen um ein Vielfaches zu verkleinern. Nach

dem Krieg wurde dort eine Müllhalde errichtet, was moralisch sehr problematisch ist. Noch in den 60er und 70er Jahren gab es ein paar Bemühungen, ein Denkmal zu errichten. Schließlich wurde ein Obelisk errichtet, aber dieser kleine Gedenkstein steht nicht einmal am genauen Ort der Tragödie. Nun haben sich die Zeiten geändert, es wurde eine Trostenez-Gesellschaft gegründet, deren Mitgliedern das Schicksal von Trostenez nicht gleichgültig ist. Wir stehen schon in den Startlöchern. Das Wesentliche ist jetzt eine Finanzierung zu finden und dann einen Wettbewerb auszuschreiben, damit Trostenez ein einzigartiges Mahnmal in Europa werden kann. Schließlich ist es in Bezug auf die Opferzahlen das viertgrößte Lager Europas.

In den deutsch-belarussischen Beziehungen wird viel für die Versöhnung getan. Was fehlt noch?

Mir ist klar, dass man nicht jeden Tag mit solchen Gedenkfeierlichkeiten füllen kann. Aber das Problem liegt darin, dass unsere Bevölkerung sehr wenig darüber weiß, was auf der Ebene der deutsch-belarussischen Beziehungen passiert. Wenn jemand aber schlecht informiert ist, dann hat er automatisch den Eindruck, dass sich nichts tut. Weiterhin scheint mir, dass die Erinnerungskultur auf beiden Seiten auf höheren staatlichen Ebenen behandelt werden sollte. Politik und Wirtschaft ändern sich außerdem schnell, aber Kunst und Kultur bleiben und können uns helfen, einander näher zu kommen. So kann der kulturelle Dialog dazu beitragen, dass wir einander besser verstehen lernen.

Nachruf Dr. Eberhard Heyken

* 23. AUGUST 1935 - † 15. DEZEMBER 2008

(Peter Junge-Wentrup, Thomas Nawrath, Prof. Dr. Gerhard Simon) Wir trauern um einen Freund. Am 15. Dezember 2008 verstarb völlig überraschend Botschafter a. D. Dr. Eberhard Heyken im Alter von 73 Jahren. Diese Mitteilung hat uns erschüttert und traurig gestimmt. Nun möchten wir uns von diesem engagierten Menschen auf gebührende Weise verabschieden.

Ruhig und besonnen im Auftreten, dabei freundlich und offenherzig, so ist Eberhard Heyken vielen Menschen begegnet während seiner fast 40-jährigen Tätigkeit als Diplomat zwischen Kalkutta, Moskau, Washington, Kiew und Wien. Besonders verbunden war er der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten; arbeitete er doch zweieinhalb Jahrzehnte in Moskau, Kiew und Minsk sowie im Sowjetunion-Referat des Auswärtigen Amtes. Auch im wohlverdienten Ruhestand, den er mit seiner Ehefrau Roswitha in Bonn verlebte, blieb Dr. Heyken „seinen“ Belarussen und Ukrainern weiter verbunden.

So erinnert sich Professor Gerhard Simon (Pulheim): „Eberhard Heyken suchte den Kontakt zu den Osteuropa-Wissenschaftlern. Er konnte Fragen stellen und zuhören. Er war in der Lage, Zweifel zu äußern auch an der Politik, die er selbst zu verantworten hatte, und war rastlos in der Aufnahme von allem, was um ihn herum vor sich ging; stets mit Notizbuch und Stift bewaffnet, damit nur nichts verloren ging. Eberhard Heyken ging auf Menschen zu, selbst dann, wenn sie ganz anders waren als er. Oft habe ich seine Bescheidenheit bewundert, zum Beispiel als er sich nicht scheute, noch im Ruhestand an Sprachkursen des Ukrainicum teilzunehmen. Eberhard Heyken

war nicht nur verbindlich, sondern gewinnend offen. Auch in schwierigen Situationen diskutierte er ohne zu lamentieren, immer den Blick nach vorn gerichtet. Es ist schwer vorzustellen, wie wir jetzt ohne ihn auskommen sollen.“

Fast zwei Jahrzehnte pflegte Dr. Heyken enge Verbindungen mit dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) in Dortmund. IBB-Geschäftsführer Peter Junge-Wentrup erinnert sich: „Die intensive und fruchtbringende Beziehung begann im Juni 1991, als Eberhard Heyken als Gesandter der Deutschen Botschaft an der Grundsteinlegung der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk teilnahm. Unsere Zusammenarbeit intensivierte sich, als er im Jahr 2002/03 noch einmal aus dem Ruhestand zurück kam und die Leitung des OSZE-Büros in Minsk übernahm. In diesen zwei Jahren erlebte Eberhard Heyken die IBB-Arbeit direkt und knüpfte Kontakte zu zahlreichen Initiativen und Bürgerbewegungen. 2003 wurde Eberhard Heyken auch Mitglied unseres Kuratoriums. Vor zwei Jahren regte er an, die Netzwerke von NGOs um eine ukrainische Dimension zu erweitern. Aus dieser Idee entstand das Partnerschaftsprogramm Ukraine. Eberhard Heyken war ein wichtiger Motor für das Programm, er hat gut beraten und viele Türen geöffnet; er war ein ausgesprochener Freund der Menschen in der Ukraine.“

Überhaupt die Ukraine: Hier kämpfte der damalige Botschafter Eberhard Heyken (1996-2000) unermüdlich und letztlich erfolgreich für die Rückgabe des Kirchengebäudes und des Besitzes der deutschen lutherischen Gemeinde St. Katharina in Kiew. Bis heute

ist die Kirchengemeinde Eberhard Heyken für seine uneigennützig Hilfe dankbar.

Im Jahre 1998 besuchte Bundespräsident Roman Herzog die Ukraine. Botschafter Heyken öffnete ihm und den mitgereisten Wirtschaftsvertretern die Augen: Er warb dafür, dass gerade Deutschland ein elementares Interesse an Demokratie und wirtschaftlicher Prosperität in der Ukraine, aber auch an der Stärkung ihrer damals noch unscheinbaren Zivilgesellschaft habe. Innerhalb weniger Monate schlug diese Initiative Wurzeln: Unterstützt von den Fachleuten des Auswärtigen Amtes und der finanziellen Hilfe namhafter deutscher Firmen wurde am 5. Februar 1999 in Bonn das Deutsch-Ukrainische Forum gegründet. Von Beginn an war Eberhard Heyken Mitglied des Vereinsvorstandes und seither ein engagierter Ideengeber, sachkundiger Berater und wenn nötig auch diplomatischer Unterhändler des Forums.

Besondere Bedeutung maß Eberhard Heyken in seinem Wirken den persönlichen Begegnungen der Menschen bei. Er regte Städtepartnerschaften und Schülerreisen an, warb für den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern, für politische und wirtschaftliche Kontakte. Gleichzeitig engagierte sich Eberhard Heyken auch für zahlreiche Hilfsprojekte von Deutschland nach Belarus und in die Ukraine. Manchmal wusste er mit einem Anruf in Berlin, Minsk oder Kiew Hindernisse aus dem Weg zu räumen, damit die dringend benötigten Hilfsgüter unbeschadet eintrafen. Ihm lagen die Menschen am Herzen. Und deshalb werden ihn so viele Menschen vermissen.

Doch Eberhard Heyken hat uns ein Erbe hinterlassen, ein Vermächtnis. Seine tätige Nächstenliebe, sein praktiziertes Christsein, seine

Hilfsbereitschaft ohne Beachtung von Position und Herkunft – das sollte uns Vorbild sein. Und so wollen wir uns dafür einsetzen,

Eberhard Heyken nachzueifern – in seiner Menschenliebe, die sich auch aus seinem Gottvertrauen speiste.

Nachruf Dr. Heinz Timmermann

EIN FREUND DER MENSCHEN IN OSTEUROPA IST GESTORBEN

(Dr. Dieter Bach, Peter Junge-Wentrup) Wir trauern um einen Freund. Heinz Timmermann verstarb am 23.12.2008 nach kurzer Krankheit in seiner Heimatstadt Köln. Im Oktober 2008 konnte er seinen 70. Geburtstag auch mit Freunden aus Osteuropa feiern. Sein Tod hat uns völlig überrascht und erschüttert.

Heinz Timmermann hat sich sein Leben lang mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion befasst – analytische Schärfe und ein breites Hintergrundwissen zeichneten seine Arbeiten aus. Dabei blieb es jedoch nicht: Er suchte nach Perspektiven in der Überwindung des Ost-West-Konfrontation und in der Gestaltung der Transformationsprozesse in Osteuropa.

Heinz Timmermann ging es nicht um theoretische Modelle; er suchte vielmehr den Kontakt zu verschiedenen Akteuren der Politik, der Gesellschaft und den Menschen in Russland, Belarus und der Ukraine. Ihm waren dabei die Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Initiativen wichtig. Er gründete deshalb Anfang der 90er Jahre die Mülheimer Initiative mit, die sich das Motto setzte „Von der Feindschaft zur Partnerschaft, von der Partnerschaft zur Freundschaft“. Dieter Bach, ehemaliger Leiter der Evangelischen Akademie Mülheim erinnert sich: „Er erwies sich als treuer und verlässlicher Freund. Er hielt Distanz zum politischen Tagesgeschäft. Hohe Sachkenntnis und die klare Analysen machten Heinz Timmermann zu einem unverzichtbaren Partner.

Keine Schritte tat ich, ohne vorher seine Meinung zu hören und sie in den Planungen mit zu berücksichtigen.“

Heinz Timmermann war mit seinen Analysen unmittelbar an der Gestaltung der Osteuropapolitik der Bundesregierung beteiligt und dies nicht nur in seiner beruflichen Funktion als Direktor der Abteilung für Russland und Belarus bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Seine Strategien, sowohl mit den Zivilgesellschaften in diesen Ländern zusammenzuarbeiten wie auch die Dialoge mit politischen Entscheidungsträgern zu suchen, zeigten praktische Wege auf.

Heinz Timmermann hat die Arbeit des IBB Dortmund seit der Eröffnung der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ Minsk aktiv begleitet. An vielen Partnerschaftskonferenzen war er mit Vorträgen beteiligt und er suchte den Dialog mit Partnern aus Osteuropa. Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer der IBB gGmbH Dortmund, schreibt: „Heinz Timmermann zeigte seit

Beginn unserer Zusammenarbeit im Jahr 1994 ein großes Interesse an der Entwicklung der Zivilgesellschaften in Osteuropa und an zivilgesellschaftlichen Kooperationen. Gesellschaftlicher Wandel könne nur mit gewachsenen Zivilgesellschaften gestaltet werden. Er hatte die einmalige Gabe, die Analyse gesellschaftlicher Prozesse, die Vision von einem Gesamteuropa und die Entwicklung von Strategien zusammenzudenken. Heinz Timmermann war sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Politik und bei den gesellschaftlichen Initiativen zu Hause – er hat viele Türen geöffnet.“

In Gesprächen standen immer die Argumente im Mittelpunkt. Heinz Timmermann war ein bescheidener Mann, der Spaß an der Diskussion und dem Austausch hatte; er hinterlässt eine große Lücke, wo heute unklar ist, wie sie geschlossen werden kann. Es überwiegt jedoch die Dankbarkeit, Vision und Projekte gemeinsam entwickelt zu haben.



Dr. Heinz Timmermann †

Foto: privat

„Keine Alternative zum Dialog“

(MS) Schanna Litwina ist neue Trägerin des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Vorsitzende des unabhängigen Belarussischen Journalistenverbands bekam die Auszeichnung im Dezember in Berlin verliehen. Litwina und Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck kritisierten in ihren Reden Einschränkungen der Pressefreiheit in Belarus, ließen jedoch auch hoffnungsvolle Töne anklingen.

Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, lobte vor etwa 300 geladenen Gästen Litwina für ihren „ununterbrochenen Einsatz“ für die Rechte von Journalisten in Belarus und ihre „herausragende Dialogfähigkeit“. Tatsächlich hat die Journalistin in ihrer über 30-jährigen Berufslaufbahn sowohl für staatliche als auch für staatskritische Medien gearbeitet und sich so einen tiefen Einblick in die medialen Strukturen des Landes verschafft. Nachdem Litwina 1995 beim staatlichen Radiokanal entlassen worden war, wurde sie Direktorin der belarussischen Sektion von Radio Free Liberty. Im gleichen Jahr wurde sie auch zur Vorsitzenden des neu gegründeten Belarussischen Journalistenverbands gewählt. Bereits 2004 zeichnete sie das Europäische Parlament für ihr Engagement mit dem Sacharow-Preis für Menschenrechte aus. Heute

hat Litwinas Journalistenverband 1200 Mitglieder.

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck war voll des Lobs für die Preisträgerin. Besonders stellte er ihren „beharrlichen Willen zur friedlichen Veränderung“ heraus und betonte, wie wichtig ihre Arbeit für die Rechte von Journalisten sei, denn, so zitierte Platzeck den verstorbenen Ex-Bundespräsidenten Johannes Rau, „Demokratie bedeutet mehr als nur die Herrschaft der Mehrheit“. Platzeck teilte mit dem Auditorium seine Eindrücke aus Belarus, das er erst vor kurzem besucht hatte, und ließ Hoffnung aufkeimen: „Die Dinge beginnen, sich zu ändern“, erklärte der Ministerpräsident mit Blick auf die Annäherung zwischen Minsk und Brüssel.

Dann war die Reihe an der Preis-

trägerin selbst. Litwina war sichtlich bewegt von den warmen Worten, unterstrich jedoch in ihrer Rede, wie schwer journalistische Arbeit nach wie vor in Belarus sei. Drei zentrale Hindernisse für journalistisches Arbeiten nannte Litwina: Die Akkreditierung, die durch das neue Mediengesetz zu einem staatlichen Kontrollinstrument werde, die ökonomische Diskriminierung durch den Druck auf Werbepartner und Sponsoren alternativer Medien sowie den Zugang zum staatlichen Vertriebssystem, der etwa zehn Zeitungen verwehrt bleibe. Allerdings betonte die Preisträgerin, dass sich der Staat ein wenig auf die Medien und die EU zubewegt habe, denn seit kurzem seien zwei oppositionelle Zeitungen, die Tageszeitung „Narodnaja Wolja“ sowie die intellektuelle Wochenzeitung „Nascha Niwa“, wieder frei verkäuflich. Außerdem seien die Strafverfahren gegen mehrere belarussische Journalisten eingestellt worden, die im März wegen der Mitarbeit bei polnischen Medien festgenommen worden waren. Überhaupt stellte Litwina fest, dass trotz aller negativer Momente die belarussische Staatsmacht erkennen lasse, dass sie sich an die Europäische Union annähern wolle - eventuell auch in Menschenrechtsfragen. Als Indiz dafür erwähnte Litwina den Auftritt des Chefs der belarussischen Präsidialadministration, Wladimir Makej, beim diesjährigen Minsk Forum. Makej, fand Litwina, habe „taktvoll und intelligent“ gesprochen. Dies lasse hoffen. Denn, wie Schanna Litwina bekräftigte: „Es gibt einfach keine Alternative zum Dialog“.

Networking online – Initiativen besser vernetzen

(SB) Im Frühjahr 2009 soll das dreisprachige Internetportal [www. Ost-West-Initiativen.de](http://www.Ost-West-Initiativen.de) online gehen. Mehr als 600 deutsch-belarussische Partnerschaftsprojekte werden seit 2002 mit einem Förderprogramm durch die Bundesregierung gefördert. Mittelfristig wird auch für die Ukraine ein Partnerschaftsprogramm angestrebt, um die über 350 deutsch-ukrainischen Initiativen zu unterstützen. Das geplante Portal soll nun deutsche, belarussische und ukrainische Initiativen und zivilgesellschaftliche

Akteure aus Bildung, Sozialem, Umwelt und Energie sowie regionaler Entwicklung miteinander vernetzen. Die Initiativen können sich auf dem Portal vorstellen und ihre fachlichen Kompetenzen austauschen. Ein weiterer Schritt zu einer deutsch-belarussisch-ukrainischen Zusammenarbeit ist die im April 2009 stattfindende Partnerschaftskonferenz, zu der nun erstmals belarussische und ukrainische Initiativen gemeinsam nach Deutschland kommen.

Nachruf Wassilij Nesterenko

(Achim Riemann, Hannover) Am 25. August 2008 verstarb Professor Wassilij Borisowitsch Nesterenko im Alter von 74 Jahren. Sein Tod ist ein großer Verlust für die Menschen in Belarus, insbesondere in den strahlenbelasteten Gebieten. Ihren Belangen galt sein unermüdlicher Einsatz.

Als es 1986 in Tschernobyl zum Reaktorunglück kam, war Professor Nesterenko Direktor des Instituts für Nuklearenergie der belarussischen Akademie der Wissenschaften. Nach der Katastrophe erkannte er vor Ort schnell die Dimensionen der Verstrahlung und kämpfte für einen größeren Schutz der Menschen - weitgehend erfolglos.

Sein Engagement gegen die Verharmlosung der atomaren Katastrophe hat er ab 1992 außerhalb der staatlichen Strukturen fortgesetzt und das Institut für Strahlensicherheit BELRAD gegründet, in dessen Rahmen er die Menschen vor Ort zum Umgang mit der Strahlung beriet und Strahlenmessungen durchführte. Es waren

nicht nur seine wissenschaftliche Kompetenz und sein beharrliches Wirken, die Wassilij Nesterenko zu einer herausragenden Persönlichkeit machten. Er verstand es auch, neben dem Tagesgeschäft im Institut und seiner Forschung, mit Herzlichkeit und Offenheit besonders auf junge Menschen zuzugehen. Es war immer wieder ein Erlebnis, ihn bei seinen Vorträgen in deutschen Schulen zu begleiten und zu erleben, mit welcher Hingabe er den Kindern und Jugendlichen seine Arbeit erklärte. Dabei war er sich nicht zu schade, einer Zehntklässlerin zwei Stunden für ein Referat Rede und Antwort zu stehen. Anschließend lud er sie noch für ein Praktikum zu sich nach Minsk ein. Es sind auch diese kleinen Geschichten,

die uns im Gedächtnis bleiben und das Bild von Wassilij Nesterenko prägen.

Sein Sohn Dr. Alexej Nesterenko hat die Leitung des Instituts für Strahlensicherheit übernommen. Es liegt an uns, BELRAD weiterhin zu unterstützen, damit die wichtige Arbeit von Professor Nesterenko fortgesetzt werden kann. Professor Nesterenko hat uns im vergangenen Jahr seine ereignisreiche Lebensgeschichte erzählt. Daraus haben wir eine sechzigminütige Hör-CD produziert, die Sie bei JANUN e.V. zum Preis von 6 Euro bestellen oder auf unserer Homepage anhören können.

buero@janun-hannover.de, www.ostwest-bruecke.de

Belarussische Journalisten on tour

(Nathalie Haußner, Dortmund) Zehn belarussische Journalisten waren im November auf Recherchereise durch Europa. Bei ihrer viertägigen Fahrt besuchten sie unter anderem Berlin, Paris, Brüssel und die Niederlande. Themen wie „alternative Energien“, „deutsch-belarussische Beziehungen“ oder „Organisation und Abläufe der EU“ standen auf der Tagesordnung. Die Reise soll ein kleiner Schritt zu einer differenzierten Berichterstattung in Belarus sein.

Elena Pankratowa war vor zwanzig Jahren das letzte Mal in Berlin. Weil sie neben den deutsch-belarussischen Beziehungen auch das Thema „20 Jahre Mauerfall“ interessiert, ließ es sich die Radiojournalistin nicht nehmen direkt aus Berlin zu berichten. „Für mich sind meine Sendeberichte ein Stück Geschichte, weil ich mit Leuten sprechen kann, die damals Geschichte gemacht haben“, erzählt sie begeistert.

Die belarussischen Journalisten trafen auf hochkarätige Gesprächspartner aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. So vermittelte

der CDU-Abgeordnete Werner Jostmeier einen Einblick in seine Aufgaben als Landtagsabgeordneter. Die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Daniela Schneckenburger, diskutierte in den Räumen des IBB Dortmund mit Alla Mocholowa, politische Korrespondentin der Zeitung Swiasda in Minsk, über mögliche und sinnvolle Schritte zur Einführung von erneuerbaren Energien in Belarus. Die Landeswahlleiterin Nordrhein-Westfalens, Helga Block, informierte die Chefredakteurin der Grodenskaja Prawda, Elena Beresnewa, über die Organisation von Wahlen.

Organisiert wurde die Recherchereise vom IBB Dortmund und der IBB Minsk, die auch eine Medienakademie betreibt. Für finanzielle Förderung sorgten die OSZE und das niederländische Außenministerium. Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer der IBB gGmbH, betont die Wichtigkeit der Reise: „In der belarussischen Gesellschaft herrschen ebenso wie bei uns auch recht stereotype Vorstellungen über das Leben in Deutschland, Frankreich und in den Niederlanden. Die Recherchereise ist ein Mosaikstein auf dem Weg zu einer differenzierteren Berichterstattung über die Nachbarn in Europa.“

„Keine einfachen Lösungen“

Seit vielen Jahren setzen sich deutsche Initiativen für Menschen mit Behinderung in Belarus ein. Für die finanzielle Förderung solcher Projekte sorgten unter anderem das Förderprogramm Belarus und das Kontaktprogramm der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO). Beim Verein Kanikuli engagieren sich ehemalige Freiwillige noch viele Jahre nach ihrem Aufenthalt für Belarussen mit Behinderung. Wir baten Evelyn Funke, erste Vorsitzende bei Kanikuli e.V., von der Arbeit des jungen Vereins zu berichten.

Von außen sieht das Gebäude ganz freundlich aus – bunt getünchte Wände, ein großer Vorgarten mit viel Grün und Bänken. Doch je näher man kommt, desto deutlicher ist zu erkennen, was das für ein Ort ist. Die Balkone sind vergittert. Rollstuhlfahrer legen die wenigen Meter bis zum nächsten Bordstein zurück und kehren wieder um. Andere laufen ihre Runden in einem „Laufstall“, der von hohen Mauern umgeben ist. Vor den Türen sitzen Menschen im Schatten, die an ihre Stühle gefesselt und nicht vollständig bekleidet sind. Hier verbringen sie ihre langen Tage, deren Rhythmus von schnellen Mahlzeiten bestimmt wird.

Es ist ein Heim für Menschen mit

Behinderung in Minsk, ein „psycho-neurologisches Internat“. Drei davon gibt es in der Hauptstadt, zwei für Erwachsene und eines für Kinder. Hier leben insgesamt an die 2000 Menschen auf engstem Raum, unter oft sehr schwierigen Bedingungen.

Seit vielen Jahren engagieren sich deutsche und andere ausländische Initiativen für Menschen mit Behinderung in Belarus. Unter anderem leisten jedes Jahr etwa zehn junge Deutsche ihren Zivildienst oder ein Freiwilliges Soziales Jahr in Minsk und bekommen dabei intensive Einblicke in die Situation der Menschen mit Behinderung. Einblicke, die zu Resignation führen können, denn die Probleme

sind zahlreich und es gibt keine einfachen Lösungen. Andererseits halten viele ehemalige Freiwillige noch lange nach ihrem einjährigen Aufenthalt den Kontakt und setzen sich auch von Deutschland aus weiterhin für Menschen mit Behinderung in Belarus ein.

Ein Beispiel dafür ist der Verein Kanikuli e.V., der 2006 von sieben ehemaligen Freiwilligen in Berlin gegründet wurde und inzwischen auf 33 Mitglieder angewachsen ist. Seit seiner Gründung veranstaltet Kanikuli e.V. jedes Jahr Sommerfreizeiten für Kinder und Erwachsene aus den Minsker Heimen. In einer schönen Umgebung am Minsker Meer erholen sich die Teilnehmer, betreut von deutschen und belarussischen Ehrenamtlichen, sieben bis zehn Tage lang von ihrem anstrengenden Heim-Alltag. Während die Kinder sich in der Zeit am liebsten am See oder im Planschbecken austoben, genießen die erwachsenen Teilnehmer eher die Ruhe und die Freiheit eines solchen Ferienlagers.

Die Erinnerung an ein solches Ferienlager bleibt allen Beteiligten lange Zeit erhalten, und doch kann es nur einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung leisten. Um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, organisierte Kanikuli e.V. im November 2008 erstmals einen Austausch für belarussische Fachkräfte der Behinderten-Arbeit nach Deutschland, der vom Kontaktprogramm Belarus der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wurde. Eingeladen wurden sowohl Pädagogen und Therapeuten aus den Heimen als auch Mitglieder der

belarussischen Nicht-Regierungs-Organisation „Verschiedene-Gleiche“, die sich vor allem für die Integration von Menschen mit Behinderung in die belarussische Gesellschaft einsetzt. Zwei Wochen lang lernten die neun Teilnehmer verschiedene Organisationen im Raum Bremen kennen und hospitierten in Wohn-Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Simon Stephan, Organisator des Austauschs, erzählt: „Die Teilnehmer aus Belarus waren nur zwei Wochen bei uns, haben aber trotzdem sehr intensive Eindrücke gesammelt. Uns allen ist wieder deutlich geworden, dass sich die Behindertenarbeit hier so fundamental von der Arbeit in Belarus unterscheidet.“ Langfristig, so Simon Stephan weiter, sei eine Weiterbildung von Fachkräften einer der wichtigsten Ansätze, um etwas an der prekären Situation von Menschen mit Behinderung in Belarus zu ändern.

So sollen im nächsten Jahr zum ersten Mal belarussische Ehrenamtliche zu Teamern ausgebildet werden. Im Sommer 2009 werden

sie dann eine der beiden Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderungen leiten. Und auch der Austausch mit Fachkräften aus Bremen soll seine Fortsetzung finden: Im Frühjahr ist ein Gegen-Besuch in Minsk geplant.

Weitere Informationen: www.kanikuli-ev.de

Spendenkonto Kanikuli e.V., Kontoinhaber: Kanikuli e.V., Kontonummer: 4018459600, BLZ: 430 609 67 bei der GLS Gemeinschaftsbank

SpenderInnen, die eine Spendenquittung wünschen, geben bei der Überweisung bitte ihre Adresse an.



So machen Sommerferien Kindern und Erwachsenen Spaß...



Teilnehmer eines Ferienlagers im Sommer 2008

Fotos: Olga Martynenko

Partnerschaftskonferenz in Geseke

JETZT ANMELDEN ZUM AUSTAUSCH MIT DEUTSCHEN, UKRAINERN UND BELARUSSEN

Vom 24. bis 26. April ist es soweit: Die zweite trinationale Partnerschaftskonferenz eröffnet in Geseke (Westfalen) ihre Pforten. Etwa 500 engagierte Teilnehmer aus Deutschland, der Ukraine und Belarus versammeln sich unter dem Motto „Projekte in Partnerschaften entwickeln“. Fast zwanzig Jahre arbeiten Initiativen aus Deutschland, der Ukraine und Belarus zusammen – und ebenso lange gibt es deutsch-belarussische Partnerschaftskonferenzen. Was wurde bisher erreicht? Wie geht es weiter? Was können wir gemeinsam besser machen? In Arbeitsgruppen zu Jugend- und Erwachsenenbildung, Sozialer Ar-

beit und Energieeffizienz/Nachhaltiger Entwicklung werden wir diskutieren und gemeinsam neue Ideen entwickeln. Ein wichtiges Thema wird dabei auch die Frage sein, wie die Tschernobyl-Arbeit in Zukunft aussehen kann. Kontakte knüpfen, Projekte entwickeln und Ideen austauschen – dafür ist die Partnerschaftskonferenz ein einmaliges Forum. Aber nicht nur das: Die Partnerschaftskonferenz bietet außerdem Gelegenheit, hochgestellte Politiker aus allen drei Ländern zu erleben, die im Panel zu zivilgesellschaftlichem Engagement im Kontext politischer Beziehungen diskutieren werden.

Unsere ukrainischen und belarussischen Partner sind auf der Konferenz auch dieses Jahr wieder unsere Gäste: Wir können die Kosten für Anreise und Konferenzteilnahme übernehmen. Geplant ist, dass die Initiativen vom 21. bis 24. bei ihren deutschen Partnern zu Gast sind, das gemeinsame Programm beginnt dann am 24. April nachmittags.

Programm und Anmeldeformular unter www.ibb-d.de/veranstaltungen_u_reisen.html

Es laden ein: IBB Dortmund, IBB „Johannes Rau“ Minsk, Evangelische Akademie Villigst, Deutsch-Ukrainisches Netzwerk Kiew

Kreative BelaPlusen

FÖRDERUNG FÜR KULTURPROJEKTE JUNGER BELARUSSEN MIT BELAPLUS

Das internationale Programm BelaPlus förderte zwischen Februar und November 2008 Projektideen junger Belarussen. Zivilgesellschaftliche Kulturprojekte sollten Gegenpole zum grauen Alltag schaffen. So entstanden beispielsweise Poetry Slams, Theaterworkshops oder Filmvorführungen in der belarussischen Provinz. Wir baten Christian Starke (Kultur Aktiv e.V. Dresden) von seinem Projekt zu berichten.

Lohnt sich zivilgesellschaftliches Engagement in Belarus? Kann ich dadurch ganz konkret meinen Alltag und mein Lebensumfeld aktiv mitgestalten? Gibt es Möglichkeiten, mir dazu Erfahrungen aus dem Ausland zu holen?

Trotz vieler Schwierigkeiten im Alltag ist kreative Eigeninitiative junger Menschen in Belarus möglich und auf jeden Fall auch nötig. Mit dem zivilgesellschaftlichen Programm BelaPlus soll erreicht werden, dass junge Menschen in Belarus die anfangs gestellten Fragen begeistert mit „Ja“ beantworten können. Die Programmkoordinatoren aus Deutschland (Kultur Aktiv), Polen (Initiative Wolna Bialorus) und Belarus (Initiative Dritter Weg) wollen mit BelaPlus zeigen, wie man kreativen Ideen in Form von Mikroprojekten vor Ort eine eigene Perspektive geben kann. Wichtig ist dabei, dass die Ideen direkt an den Lebensumständen der jungen Menschen ansetzen – an ihren Problemen, Wünschen und Hoffnungen.

Dazu wurden belarussische Jugendliche im Alter von 18 bis 27 Jahren zwischen Februar und November 2008 in einem mehrstufigen Programm gefördert.



Forumtheater-Workshop in Minsk

Die Jugendlichen bewarben sich mit ihren Ideen bis Mitte März, präsentierten diese dann auf zwei Seminaren im April, um anschließend für die weitere Teilnahme ausgewählt zu werden. Die Kriterien für die Aufnahme waren vor allem Kreativität, aber auch Realisierbarkeit in Belarus, verfügbare Ressourcen, Know-how und eine gute Netzwerkanbindung. Mit dabei waren junge Menschen aus Minsk, Brest, Pinsk, Baranowitschi, Mogiljow, Witebsk und Nowopolotzk.

Im Juli begann die konkrete Förderung für die 15 Teilnehmer zunächst mit einer Woche Intensivtraining in Projektmanagement, Kommunikation und Medien. Nach nochmaliger Auswahl reisten die besten acht Teilnehmer dann für zwei bis vier Wochen zum Kurzpraktikum ins europäische Ausland. Die belarussischen Jugendlichen arbeiteten bei zivilgesellschaftlichen Organisationen in Polen, Deutschland und der Slowakei und sammelten dabei wichtige Erfahrungen. Nastja zum Beispiel absolvierte ihr Praktikum bei der NGO „Sektor3“ in Wrocław, Sergeij war Praktikant bei Kultur Aktiv in Dresden.

Ausgestattet mit einem kleinen Startkapital von 300 € konnten die so Geförderten dann mit der Umsetzung ihrer Projekte beginnen. So entstanden beispielsweise ein Diskussionsclub zu kritischen

Menschenrechtsthemen, eine Filmvorführreihe in kleineren belarussischen Städten, Forumtheaterworkshops, ein Wettbewerb zu Innovationen bei Kommunikationsmedien oder Lesungen. Besonders beliebt waren Poetry Slams, die in Belarus noch weitestgehend unbekannt sind. Junge, talentierte, aber noch unbeachtete Nachwuchsautoren trugen in einer Minsker Fabrikhalle bei Lichteffekten und musikalischer Begleitung ihre Werke vor. Die Aktionen wurden dabei von den Programmkoordinatoren vor Ort begleitet und unterstützt. Die frischgebackenen Organisatoren werden nach Ende des Programms sehr motiviert ihre Aktionen fortsetzen – insofern war BelaPlus ein erster Anstoß zu weiterem aktivem Handeln.

BelaPlus war 2008 bereits in die zweite Runde gegangen. Schon 2007 hatten Vertreter der NGOs eine 19-tägige Seminarreise durch sechs belarussische Städte unternommen und dabei Workshops mit insgesamt über 100 belarussischen Jugendlichen durchgeführt. Einige Teilnehmer von damals waren auch 2008 wieder dabei. Für 2009 planen die Koordinatoren ein Folgeprojekt, das wieder Wissen und Motivation zu aktivem zivilgesellschaftlichem Handeln an junge Menschen in Belarus weitergeben möchte. Denn auch für Belarus gilt: Passivität bringt nichts – denkt und handelt aktiv, kreativ und positiv! Das will BelaPlus vermitteln – und dafür steht auch das Plus im Namen.

belaplus@kulturaktiv.org. BelaPlus wird gefördert durch Robert-Bosch-Stiftung, Stefan-Batory-Stiftung und German Marshall Fund of The United States.

Pause von Radioaktivität

Nach dem Erlass des Dekrets 555 durch den belarussischen Präsidenten scheint nun unklar, ob 2009 überhaupt belarussische Kinder zur Erholung nach Deutschland kommen. Warum die Erholungsreisen weiterhin aktuell und wichtig sind, erfahren Sie von Ursula Timm, Mitglied bei der Initiative „Ferien für Kinder von Tschernobyl e.V.“ in Rostock.

Ein Junge läuft mit einem kleinen Flugzeug in der Hand über eine Blumenwiese, im Hintergrund droht eine seltsame Wolke. Der schwerstbehinderte Grischa Mosol aus Minsk malte dieses Bild zehn Jahre nach Tschernobyl für eine Ausstellung in Paris. Grischa war als kleines Kind am 26. April 1986 zu Besuch bei seinen Großeltern, deren Dorf in der Nähe von Tschernobyl lag. Im Rückblick weiß er, dass er wie Millionen Menschen zu den Opfern von Tschernobyl gehört.

Seit 1991 setzt sich der Verein „Ferien für Kinder von Tschernobyl“ in Rostock dafür ein, dass sich vier Wochen lang Kinder und Mütter aus verstrahlten Ortschaften in Belarus an unserer Ostseeküste erholen können. Dabei sind auch zehn hörgeschädigte Kinder, die von einem Hörgerätezentrum in Rostock mit neuen Hörgeräten versorgt werden.

Das weite grüne Gelände am Schullandheim „Zum Riedensee“ in Kägsdorf bei Kühlungsborn mit dem Blick über das Kornfeld zum Meer bietet fast paradiesische Möglichkeiten zur Erholung und zur Beschäftigung. Eine vierwöchige Ruhepause von der Radioaktivität bewirkt Wunder. Sie verändert die Kinder und schenkt ihnen und ihren Familien neuen Lebensmut und Hoffnung.

In jedem Jahr stellen wir uns die Frage: Wird unsere Hilfe noch gebraucht? Doch Erzählungen, Berichte und meine persönlichen Eindrücke von den Dörfern in Belarus lassen unsere Fragen schnell verstummen. Die Lehrerin Ludmila Gluschkowitschi erzählt beispielsweise: „Unser Dorf mit



Grischas Bild

3000 Einwohnern liegt an der ukrainischen Grenze in der Nähe des Atomkraftwerks. Hier wohnen viele junge Mütter. Jede Mutter träumt von gesunden und glücklichen Kindern. Als Lehrerin erlebe ich, dass unsere Kinder schnell ermüden. Viele haben oft Kopfschmerzen. Die Zahl der Kinder mit kranken Schilddrüsen wächst. Es ist schwer, wenn ein Kind krank ist und du nicht helfen kannst. Du kannst nur zu Gott beten.“

Auch die Lehrerin Valentina aus Petschauka macht auf die Wichtigkeit der Reisen aufmerksam: „In unserer Schule lernen 250 Schüler aus vier Dörfern. Alle Dörfer liegen auf verseuchtem Territorium. Nur 19 % der Kinder sind gesund. Alle haben ein schwaches Immunsystem. Die Folgen von Tschernobyl sind unsere ständigen Begleiter. Unsere Familien sind es, die den Preis für den Einsatz der Atomenergie schon heute bezahlen. Wir sind dankbar für die Erholung

an der Ostseeküste und für die Fürsorge, die unseren Kindern entgegengebracht wird.“

In den vergangenen 18 Jahren kamen weit über 1000 Kinder und viele Mütter zu uns. Ein großer Freundes- und Spenderkreis trägt unser Projekt. Unser Verein in Rostock ist stolz darauf, dass er ein Teil der Tschernobylbewegung ist, dass wir zusammen mit der Stiftung „Den Kindern von Tschernobyl“ in Minsk und der Bundesarbeitsgemeinschaft in Münster über die Kinder Brücken der Verständigung zwischen Ost und West bauen dürfen.

So gibt es keinen Grund, die mühsam aufgebauten Brücken abzubauen. Wir appellieren an die Verantwortung unserer Politiker und rechnen fest damit, dass auch im Sommer 2009 unser Erholungsprogramm für 90 Personen durchgeführt werden kann.

„Tschernobylkinder“ unter Hausarrest?

(SB) Im Oktober verabschiedete der belarussische Präsident den Erlass 555, der in Zukunft die Erholungsreisen der so genannten „Tschernobylkinder“ nur dann zulässt, wenn zwischen dem Gastland und Belarus ein staatliches Abkommen besteht, das vor allem die zeitige Rückkehr des Kindes garantiert. Die belarussische Botschaft begründet den Erlass mit der „rechtswidrigen Nichtrückkehr“ der belarussischen Mädchen Tatjana Kosyro und Viktoria Moroz (siehe auch Seite 6) und sieht ihn auf die „Sicherung der Rechte und Interessen der belarussischen Kinder gerichtet“. Die deutschen Tschernobyl-Initiativen, die insgesamt allein in den vergangenen 15 Jahren rund 170.000 Kindern einen Erholungsurlaub in Deutschland

ermöglichten, reagierten auf den Erlass recht unterschiedlich. Burkhard Homeyer, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft „Den Kindern von Tschernobyl in Deutschland“ beispielsweise sieht in dem Akt des Präsidenten vor allem den Versuch, sowohl belarussische als auch deutsche zivilgesellschaftliche Initiativen staatlich zu kontrollieren. Auch lasse das Vorgehen der belarussischen Regierung darauf schließen, dass das Thema „Tschernobyl“ aus der öffentlichen Debatte ausgeschlossen werden solle. Andere Initiativen bemühen sich indes um Optimismus: „Ich bin zuversichtlich, dass wir keine Schwierigkeiten mit der Einreise der Kinder bekommen werden“, erklärt Joachim Bauer, Vorsitzen-

der der Initiative „Tschernobyl-Kinder“ aus Lohmar. Auch die Tschernobyl-Hilfe im Kirchenkreis Buxtehude bleibt optimistisch: „Wir haben Ähnliches zuletzt vor zwei Jahren erlebt. Deswegen warten wir ab und bereiten unsere Ferienaktion für diesen Sommer wie gewohnt vor“, so Marion und Hans-Otto Gade. Das Dekret des belarussischen Präsidenten hat zwar viele Initiativen verunsichert, dennoch setzen diese die Organisation der Erholungsaufenthalte für das Jahr 2009 erst einmal fort. Einen überraschenden Vorteil scheint der Erlass 555 dennoch zu haben: Entgegen aller Befürchtungen ist die öffentliche Debatte über Tschernobyl zumindest kurzzeitig wieder entfacht.

Krieg ohne Zensur

Die belarussischen Grenzbehörden konfiszierten Ende November zehn Exemplare des belarussischen Kulturmagazins „Arche“, die für polnische Abonnenten bestimmt waren. Der KGB, um eine Expertise gebeten, bewertete die Ausgabe als „extremistisch“ und beantragte deren Vernichtung vor Gericht. Wir baten Matthias Battis aus Warschau um eine Rezension der verdächtigen Ausgabe.

(Matthias Battis, Warschau) „Wie wenig wissen Belarussen im Schnitt über jene Ereignisse, denen in Belarus Tausende Bücher, Fernsehsendungen und Artikel gewidmet sind!“ So klingen die einleitenden Worte der Arche-Ausgabe vom Mai 2008, veröffentlicht in dem Monat, an dem Belarus zeremoniell den „Tag des Sieges“ begeht. Schon das Titelblatt der Ausgabe passt nicht in die postsowjetische Partisanenkampf-Mythologie. Es zeigt Minsk 1943, eine Gruppe belarussischer Kinder, die Hakenkreuzflaggen schwenken. Die Botschaft ist klar: weniger sowjetische Klischees, mehr Inhalt.

Leitartikel ist Ian Kershaws „The Führer-Myth“. In belarussischer Übersetzung heißt es univer-

seller: „Der Mythos des starken Anführers“. Nicht der einzige vielversprechende Titel: „Märchen für Patrioten“, „Der große Vaterländische Krieg und nationale Identität in Belarus“, „Antisemitismus in der sowjetischen Partisanenbewegung (in Belarus) 1941-1944“ - um nur einige Artikel zu nennen, die diese Ausgabe lesenswert machen.

Wie die Redaktion selbst schreibt, geht es um „Ereignisse, Phänomene und Personen, zu denen in offiziellen [belarussischen] Lehrbüchern nichts zu finden ist“. Es geht also um eine unabhängige, möglichst wissenschaftliche Perspektive auf die Totalitarismus-Geschichte des 20. Jahrhunderts, um eine Perspektive, die jegliche politisch motivierte Instrumenta-

lisierung und Mythologisierung der Vergangenheit ablehnt.

„Eine selektive Gedächtniskultur ist schädlich. Nur das Aufdecken der Themen, welche die ideologischen Spürhunde der Zensur [zurzeit] hüten, ermöglicht das Entstehen einer Kultur, die immun ist gegen den Nationalsozialismus und ähnliche menschenverachtende politische Systeme.“ Man könnte das sicher gelassener ausdrücken. Und einige der (vorsichtigen) Nazi-Belarus-Parallelen gelten in Deutschland zu Recht als überzogen. Dass das staatliche Propaganda-Monopol für Wissenschaftler und Publizisten dennoch bitterer Ernst ist, zeigte das Aufsehen, das „Arche“ mit seiner neuen Ausgabe bei Grenzbehörden und KGB erregte.

Datschen: Wirtschaft oder Kultur?

(Robert Werner, Berlin) In seiner Dissertation beschäftigt sich der Agraringenieur Johannes Thiele mit der Bedeutung der belarussischen Datschenwirtschaft für die „Ernährungs-, Gesundheits- und soziokulturelle Situation der Großstadtbevölkerung“ in Belarus. In Deutschland ist die Datscha schon längst zum Mythos verkommen und diejenigen, die ihre Sommerwochenenden in Parzellen unter Autobahnbrücken oder Zugstrecken verbringen, werden zumeist nur müde belächelt. In Belarus bedeutet Datscha allerdings Subsistenzwirtschaft, und die ist für den einfachen Menschen immer noch eine der wenigen Möglichkeiten, sich mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen und trotz geringer Löhne wirtschaftlich zu überleben.

Die kulturelle Bedeutung des Datschenlebens und die systemstabilisierende Wirkung der Selbstver-

sorgung in der UdSSR sind ausgiebig erforscht worden. Nicht so die postsowjetische Datschenkultur. Auch führen die belarussischen Behörden keine Statistiken über den Output der Kleingartenanlagen. Es ist Thiele deshalb hoch anzurechnen, dass er diese Lücke durch schriftliche Befragungen, Expertengespräche, teilnehmende Beobachtung und die Auswertung von Sekundärquellen ein Stück weit gefüllt hat. Außer auf die wirtschaftliche Bedeutung des Datschenlebens geht Thiele in seiner Arbeit aber auch auf kulturelle, politische und soziokulturelle Aspekte ein. Gerade dank seiner persönlichen Erfahrungen im Land und der Verwendung von „harten“ Daten und „weichen“ Wissen gelingt es ihm, ein lebensnahes Bild des Datschenlebens in Belarus zu zeichnen.

Abschließend hebt Thiele hervor, dass die Datschen noch immer

als Lebensmittelquelle fungieren und nur im Nebeneffekt Ort der Erholung sind. Demgegenüber steht allerdings der fragwürdige ökonomische Nutzen dieser Subsistenzwirtschaft. Auch Thiele muss einräumen, dass es billiger ist, Lebensmittel auf dem Markt zu kaufen, als sie selber anzubauen. Welche kulturelle Bedeutung das Leben in der Laube in Belarus besitzt und ob es einen ähnlichen Bedeutungswandel unterliegt wie in Deutschland, vermag die Arbeit nicht zu klären. Hier bieten sich aber Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen oder eigene Erkundungen auf dem belarussischen Land.

Thiele, Johannes: Die Bedeutung der „Datschenwirtschaft“ für die Ernährungs-, Gesundheits- und soziokulturelle Situation der Großstadtbevölkerung in der Republik Belarus (Dissertation), Eigenverlag 2007.

Zwischen Planung und Anarchie

(Astrid Sahm, Minsk) Dass Minsk die Musterstadt des Sozialismus gewesen sei, ist für Belarus-Interessierte seit dem Erscheinen von Artur Klinaus „Sonnenstadt der Träume“ eine vertraute These. Das Buch von Thomas Bohn stellt jedoch wesentlich mehr als die Bestätigung dieses eingängigen Mythos dar. Denn obwohl die Stadt Minsk aufgrund ihrer fast vollständigen Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges besonders geeignet war, um die Idealvorstellungen einer sozialistischen Stadt Realität werden zu lassen, scheiterte dieses Projekt bereits auf der Planungsebene.

Die für den Generalplan von Minsk Zuständigen führten in den ersten

zehn Jahren nach Kriegsende vor dem Hintergrund der Ablösung des Stalinismus heftige Auseinandersetzungen darüber, ob die Stadt vorrangig als Wirtschafts- oder als Lebensraum dienen, ob die Schönheit der Fassade oder der Komfort in den Wohnungen den Vorrang haben und ob dabei der Klassizismus oder der Konstruktivismus als Vorbild dienen solle. Dabei wurden willkürlich Kiew, Leningrad oder Moskau als Orientierungsmodell für Minsk gewählt. Während alle diese Städte jedoch ein eindeutiges Zentrum aufweisen, stellt das kennzeichnende Merkmal von Minsk eine die gesamte Stadt von Süden nach Norden durchquerende Magistrale mit mehreren, gleichsam

unvollendeten Plätzen dar. Dementsprechend schwer fällt es den Minskern bis heute, das Zentrum ihrer Stadt zu bestimmen.

Entscheidend für das weitgehende Scheitern und die ständige Korrektur der städtebaulichen Pläne war jedoch die massive Bevölkerungszuwanderung vom Land nach Minsk, welche die ohnehin akute Wohnungsnot in der Hauptstadt verstärkte. Zählte Minsk 1950 lediglich 273.600 Einwohner, waren es 1959 bereits 509.500 und 1972 bereits eine Million. Damit war Minsk sowjetunionweit die Stadt mit der jährlich höchsten Zuwachsrate. Da die Betriebe und Stadtbezirksverwaltungen mit dem Wohnungsbau überfor-

dert waren, wohnten zahlreiche Menschen in Holzhäusern und Baracken. Infolgedessen erinnerte Minsk in vielerlei Hinsicht bis in die 1970er Jahre hinein an ein Dorf. Erst 1975 belief sich der durchschnittliche Wohnraum pro Kopf in Minsk auf 12,5 m² und überstieg damit erstmals die gesetzlich vorgeschriebene sanitäre Mindestnorm von 12 m².

Die Stadtbehörden versuchten in den 1960er Jahren vergeblich, den Bevölkerungszustrom durch Maßnahmen wie das Verbot des individuellen Häuserbaus in der Stadt oder die individuelle Meldepflicht zu stoppen. Mit Hilfe von Korruption und Phantasie richteten sich zahlreiche Menschen zunächst illegal in Minsk ein. Etwas erfolgreicher waren die

Bemühungen der Behörden, den Wohnungsbedarf der Menschen durch die Errichtung von kosten- und zeitgünstigen Plattenbauten zu befriedigen. 1978 lebten immerhin etwas mehr als zwei Drittel der Minsker Familien in einer eigenen Wohnung. Allerdings gab es auch hier häufig Probleme mit den sanitären Anlagen oder der Bauqualität. Die Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse war daher für die meisten Minsker das zentrale Anliegen, mit dem sie sich über Eingaben, Leserbriefe etc. an die Behörden wandten.

Durch seine minutiöse Darstellung der Lebensbedingungen und Wohnverhältnisse, des Wohnungsbaus und der Wohnungsvergabe leistet Thomas Bohn neben der Nachzeichnung der

städteplanerischen Entwicklung einen wichtigen Beitrag zum Verständnis des sowjetischen Alltags. Er macht deutlich, dass der vermeintliche Kontrollanspruch der Kommunistischen Partei von den Menschen vielfach unterlaufen wurde und die Behörden oft hilflos oder verständnisvoll dem illegalen Wohnungsbau oder Aufenthalt in Minsk gegenüber standen. In der Wohnungsfrage kündigte sich somit das Ende der Sowjetunion bereits frühzeitig an. Ironischerweise trat es gerade dann ein, als die Wohnungsverhältnisse der meisten Menschen endlich mehr oder weniger zufriedenstellend gelöst waren...

Thomas Bohn: Stadtplanung und Urbanisierung in der Sowjetunion nach 1945. „Industrielle Welt“. Böhlau-Verlag, gebunden, 400 Seiten.

Eine Woche Deutschland

(Oliver Schwart, Minsk) Vom 25. September bis 4. Oktober brachte die Deutsche Woche zum fünften Mal deutsche Kultur- und Bildungsevents nach Minsk und die belarussischen Regionen. Außerdem bekamen viele hundert interessierter Belarussen Einblicke in deutsche Pressearbeit, Wirtschaft und Tourismus.

Auch diesmal hatten sich deutsche Einrichtungen von Rang und Namen zusammengefunden, um die Deutsche Woche zu organisieren. Neben der Deutschen Botschaft und dem Goethe-Institut halfen der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, das Institut für Deutschland-Studien sowie die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte, ein dichtes und abwechslungsreiches Programm für eine breite belarussische Öffentlichkeit zu präsentieren.

Ein Höhepunkt in diesem Jahr war die vom Goethe-Institut organisierte 5. Deutschlehrer- und Germanistentagung mit etwa 300 Teilnehmern aus ganz Belarus. Referenten aus Deutschland, dem Baltikum und Belarus vermittelten an zwei Tagen in Vorträgen, Semi-

naren und Workshops moderne Lehr- und Lernmethoden für den Sprachunterricht. Große Bedeutung wurde hierbei auch dem kreativen Lernen im Zusammenspiel mit Musik, Film und Kunst beigemessen.

Nicht nur auf dieser Tagung wurde deutlich, welch hohen Stellenwert die deutsche Sprache in Belarus genießt. Die Besucher strömten zur Woche des deutschen Films im Kino „Pobeda“, zum Leseabend für Kinder, der Eröffnung des Zentrums für deutsche Sprache und Kultur einer Mittelschule in Grodno sowie den Konzerten des Liedermachers Torsten Riemann. Es zeigte sich, dass sich vor allem jüngere Menschen in Belarus für deutsche Sprache und Kultur begeistern können. Ein Grund mehr zum Feiern für das Goethe-Institut in Minsk, das mit einem großen

Fest und einem bunten Programm aus Musik, Literatur und Film seinen 15-jährigen Geburtstag beging. Dass deutsche Kulturarbeit überhaupt auf derart großes Interesse stößt, ist nicht zuletzt ein Verdienst des Instituts, das seit Jahren mit großem Engagement erfolgreich einen Beitrag zur Vermittlung deutscher Werte und Kultur leistet.

In Zusammenarbeit mit der Medienakademie der IBB „Johannes Rau“ Minsk organisierte die Deutsche Botschaft ein Seminar für Journalisten aus den belarussischen Regionen zum Thema „Modernes Deutschlandbild“. Jungen Medienvertretern wurde im Rahmen dieser Veranstaltung die Möglichkeit gegeben, sich ein aktuelles und objektives Bild über politische und gesellschaftliche

Entwicklungen in Deutschland zu machen. Als Gast nahm unter anderem Martin Kobler teil, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt für Kultur und Kommunikation. Er stellte sich in einer für belarussische Verhältnisse ausgesprochen offenen Gesprächsatmosphäre den Fragen der interessierten Journalisten.

Marilyn Monroe in Minsk

(ES) Der Filmemacher Michael Blume stellte Anfang Dezember in Berlin seine jüngste Produktion vor, den Dokumentarfilm „Marilyn Monroe aus Minsk – Lichtblicke aus Weißrussland“, in dessen Mittelpunkt das Minsker Kino „Pobeda“ und seine Leiterin stehen.

„Wir liebten Kino. Die Filme, die in dunklen Sälen von alten, mechanischen Projektoren abgespielt wurden, öffneten uns die Welt. Dort sah man, was im Fernsehen selten gezeigt wurde: die amerikanische Prärie mit Cowboys und Indianern, Fantomas, wie er über Paris fliegt, alte Schlösser, den Mann mit der Maske und *Angelique, Marquise des Anges*. Aus dem Fernsehen erfuhren wir, was man über das Land des Glücks wissen mußte.“ So beschreibt Artur Klinau nicht nur in seinem Buch „Minsk. Sonnenstadt der Träume“ seine Erlebnisse mit dem Kino in der Sowjetzeit. Er erzählt davon auch in dem gerade fertiggestellten Dokumentarfilm „Marilyn Monroe aus Minsk – Lichtblicke aus Weißrussland“, der in einer Arbeitsfassung Anfang Dezember 2008 im Kino „Krokodil“ in Berlin vorgestellt wurde.

Autor und Regisseur Michael Blume schildert die Geschichte des Minsker Kinos „Pobeda“ und seiner Direktorin Swetlana Sawtschik. Eine gewisse Ähnlichkeit, die ihr mit der US-Schauspielerin nachgesagt wird, führte zu dem Titel des Films. Swetlana Sawtschik wird als eine engagierte, resolute und weltgewandte Kinoleiterin gezeigt, die mit ihrem

Mit dem zweiten Tag der Deutschen Wirtschaft am 2. Oktober und einer Präsentation der Deutschen Zentrale für Tourismus wurden deutliche Akzente im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation gesetzt. Der unter dem Motto „Unternehmenskultur“ geführte Wirtschaftstag lockte etwa 250 Gäste zu Vortragsveranstaltungen und Workshops und erfuhr große

Spielplan dem Zuschauer den Weg nach Europa öffnet. Dafür hat sie sich wichtige Verbündete gesucht, wie die Deutsche und die Französische Botschaft oder auch das Goethe-Institut.

Die Geschichte des Kinos „Pobeda“ („Sieg“) ist eingebettet in die Wirren der historischen Abläufe und das städtische Umfeld. Durch eindringliche Bilder gelingt es Michael Blume, die Zuschauer mit auf Zeitreise in die Höhen und Tiefen des Kinos zu nehmen, bis zu dessen drohender Schließung. Dank der Einnahmen vom „Untergang der Titanic“ kann der Untergang des Kinos aber doch verhindert werden.

Blume kam die Idee zu dem Film bei einem Besuch in Minsk ein Jahr zuvor. Er war extra angereist, um im Rahmen einer Lesung seine Filme vorzustellen, natürlich im Kino „Pobeda“. Inspiriert von der überbordenden Lebhaftigkeit der Kinochefin und ihrem Umfeld entschloss er sich, über beide einen Film zu drehen. Unterstützt wurde das Projekt vom Goethe-Institut und der Deutschen Botschaft.

Ein überaus erfolgreiches Projekt, denn „Marilyn Monroe“ ist bereits zur Berlinale angemeldet. Sollte

Beachtung in den belarussischen Medien.

Die diesjährige Deutsche Woche wurde wieder bewusst mit dem Tag der Deutschen Einheit verbunden. Damit vermittelten die Organisatoren eine Kernbotschaft: Das vereinigte Deutschland steht für einen europäischen Weg von Belarus als Partner bereit.

das Kino seinem Namen alle Ehre machen und auch in Berlin, auf einem der größten europäischen Kinofestivals, einen Sieg davon tragen – es wäre die Gelegenheit für Swetlana Sawtschik, über den Roten Teppich zu gehen wie einst ihr Alter Ego. Organisatorisch kein Problem, denn Sawtschik wird in jedem Fall zur Berlinale kommen. Sie holt sich dort jedes Jahr Anregungen für ihr neues Kinoprogramm.



Verblüffende Ähnlichkeit: Swetlana Sawtschik, Kinodirektorin und Heldin des neuen Dokumentarfilms. Foto: privat

Wählen Sie eine Prämie für ein eigenes oder vermitteltes Abonnement oder bestellen Sie einfach:

- Initiativenhandbuch Belarus 2**
(2003 / 10 Euro)
- Märtyrer der belarussischen Christen**
(Orthodoxe, Katholiken, Baptisten; 2001/ 12 Euro)
- Minsk unter deutscher Besetzung**
(von U. Gartenschläger; 2002 / 12 Euro)
- Die Beziehungen Deutschland-Belarus im europäischen Kontext**
(von H. Timmermann; 2006 / 5 Euro)
- Das Vernichtungslager Trostenez**
(von P. Kohl; 2003 / 8 Euro)
- Die Jacobsleiter**
(von J. Shepetinski; 2005 / 14,80 Euro)
- „Existiert das Ghetto noch?“**
(Jüdisches Überleben; 2003 / 15 Euro)
- Überleben im jüdischen Ghetto von Minsk**
(Unterrichts-Arbeitshilfe; 2005 / 5 Euro)
- Tschernobyl: Vermächtnis und Verpflichtung**
(Osteuropa-Themenheft, 2005 / 15 Euro)
- Die Leere in Slonim**
(L. I. Abramowitsch, H.-H. Nolte / 5 Euro)

Mehr Infos erhalten Sie auf der Website www.ibb-d.de.

- Ich bestelle ein Abonnement der Belarus-Perspektiven ab Nr. ____
(15 Euro/Jahr)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft

An
IBB gGmbH
Bornstr. 66
44135 Dortmund



Insider analysieren, Initiativen berichten. Belarus-Perspektiven.

Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die mit Menschen in Belarus zusammen etwas bewegen wollen.

Wir bringen Deutschland und Belarus einander näher. Nicht nur, indem wir über deutsch-belarussische Projekte und Initiativen berichten. Sondern auch, weil unsere Beiträge direkt aus Belarus

kommen. Seriöses Insiderwissen und fundierte Analysen auf 30 Seiten, vier Mal im Jahr.

Abonnieren Sie Belarus-Perspektiven zum Vorzugspreis von nur 15 Euro pro Jahr inklusive Versand oder werben Sie einen Abonnenten. Sie erhalten als Prämie eine der nebenstehenden Publikationen.

Seite abtrennen, hier falten und im Fensterbriefumschlag einsenden oder faxen an (0231) 52 12 33

- Ich hätte gerne das Programm für Bildungs- und Begegnungsprojekte der IBB „Johannes Rau“ Minsk
- Ich hätte gerne das Programm für Bildungs- und Begegnungsreisen des IBB Dortmund

Name _____
Initiative _____
Straße _____
Wohnort _____
Telefon _____

Einzugsermächtigung

Hiermit erkläre ich mich damit einverstanden, dass die IBB gGmbH die Preise von meinem Konto abbucht.

Inhaber _____
Bank _____
BLZ _____
Konto-Nr. _____
Ort Datum _____
Unterschrift _____

(Die Bestellung kann innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden.)